

Kommunalwahlprogramm 2021

Bündnis 90/Die Grünen Friedberg



***Friedbergs Zukunft
machen wir zusammen***

Inhaltsverzeichnis

1	Friedberg – eine lebenswerte Stadt und ihre Zukunft	4
1.1	Warum eigentlich?	4
1.2	„4 K für Friedberg“	5
2	Klimapolitik, Natur und Landschaft, Umweltschutz	6
2.1	Klimapolitik – für ein klimafreundliches Friedberg	6
2.2	Wald schützen und entwickeln	9
2.3	Biodiversität, innerstädtisches Grün und Landschaftspflege	10
2.4	Ressourcenschonung, Minimalismus und weniger Plastikmüll	12
3	Gemeinsamkeit und Vielfalt	13
3.1	Vision	13
3.2	Partizipation gestalten	13
3.3	Familien und Jugend fördern – für ein familienfreundliches Friedberg	15
3.4	Politik für Senior*innen	16
3.5	Bezahlbaren Wohnraum schaffen	16
3.6	Politik für Obdachlose	17
4	Stadtentwicklung und Mobilität	17
4.1	Vision	17
4.2	Stadtplanung und Förderung	17
4.3	Lebendige Ortsteile	19
4.4	Beziehung zum Umland	20
4.5	Mobilität zukunftsfähig gestalten	21
4.6	Bürgerbeteiligung und Transparenz	25
5	Wirtschaft	26
5.1	Vision	26
5.2	Landwirtschaft und Ernährung – Stadt und Land gehören zusammen	26
5.3	Handwerk und Gewerbe	27
5.4	Einzelhandel & Dienstleistung	27
5.5	Digitalisierung – Neue digitale Welt: lokal, sozial und gerecht	28
6	Bildung, Kultur und Sport	29
6.1	Vision	29
6.2	Bildung – für ein fortschrittliches Friedberg	29
6.3	Kultur – Identität für Friedberg	30
6.4	Tourismus – Friedberg als Tourismusziel	31
6.5	Sport – für ein bewegtes Miteinander	32

7 Daseinsvorsorge	33
7.1 Vision.....	33
7.2 Wasserversorgung, Abwasser und Müllentsorgung.....	33
7.3 Strom- und Gasversorgung, Glasfaser.....	34
7.4 Medizinische Versorgung.....	34
7.5 Rettungswesen, Katastrophenschutz und öffentliche Ordnung.....	35

1 Friedberg – eine liebenswerte Stadt und ihre Zukunft

1.1 Warum eigentlich?

Warum sollten Sie dieses Parteiprogramm lesen?

Lassen Sie sich zu einer kleinen Phantasiereise durch Friedberg einladen und schließen Sie bitte Ihre Augen.

Flanieren Sie über die Kaiserstraße mit ihrem alten, historischen Baumbestand, genießen Sie deren kühlen Schatten im Sommer oder die weihnachtliche Beleuchtung ihrer Kronen im Winter. Spazieren Sie im Frühling durch die Bismarckstraße mit der rosa Blütenpracht der japanischen Kirsche, die sie flankiert. Nutzen Sie die Gelegenheit für einen herbstlichen Gang über die Seewiese. Erfreuen Sie sich an der Streuobstwiese östlich des Seebachs und nehmen Sie den Geruch der unterschiedlichen Apfelsorten auf, die dann ihre Reife haben werden.

Wenn Sie nun die Augen öffnen, haben Sie ein Gefühl dafür, wie wichtig Grünes für eine Stadt ist.

Grüne Politik ist jedoch viel mehr als die Bewahrung und der Ausbau solcher Refugien für Sie, die Bewohner*innen unseres schönen Städtchens. Es geht auch darum, Friedberg auf die klimatischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte vorzubereiten und unseren Anteil am Schutz des Klimas für uns, unsere Kinder und all die vielen Generationen Friedberger*innen, die noch folgen werden, verantwortungsbewusst mitzutragen.

Es geht darum, unsere Kreisstadt als lebens- und liebenswerten Ort zu erhalten und weiterzuentwickeln, mit bezahlbarem Wohnraum, einer nachhaltigen Wirtschaft, einem beispielhaften Gesellschaftsleben und durch das Zusammenwirken aller Bürger*innen.

Es geht darum, Friedberg noch attraktiver zu machen, zum Einkaufen, zum Verweilen und Genießen. Friedberg hat Potenzial. Denken Sie an die Kulturlandschaft Friedbergs, allem voran an das Theater Altes Hallenbad, das als Bürgerprojekt beispiellos im Kreis ist und viel stärkere politische Aufmerksamkeit verdient.

Die Wetterau mit Friedberg in ihrem Herzen ist die Kornkammer Hessens und einer der wenigen Kreise, der sich landwirtschaftlich noch selbst versorgen kann; das sind Besonderheiten, die unseres Schutzes bedürfen. Auch für die Gestaltung des neuen Stadtteils auf dem Gelände der ehemaligen Ray-Barracks sind bereits jetzt die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung zu stellen.

Das alles ist grünes Potenzial, und deshalb sollten Sie dieses Parteiprogramm lesen.

Doch bevor Sie starten, schließen Sie bitte erneut die Augen. Begeben Sie sich in den Burggarten und stellen Sie sich an die Brüstung der ersten Aussichtsplattform im Süd-Osten der Anlage. Sie blicken nun über die „24 Hallen“ – unser Rosenthal-Viadukt –, die Usa und über das Barbara-Viertel; dahinter liegen die Jimbala Kinderfarm, die Friedberger Gemeinschaftsgärten und der Interkulturelle Garten.

Friedberg ist voller Visionen. Jetzt schon. Wie wir! Viel Spaß bei der Lektüre unseres Kommunalwahlprogramms 2021.

Von Andreas Arnold, Autor, Schauspieler, Poetry-Slammer

1.2 „4 K für Friedberg“

Wir alle erwarten, dass uns Energie, Mobilität und Bildung zur Verfügung stehen. Durch die Klimakrise und die Corona-Pandemie ist den meisten von uns klar geworden, dass wir nicht einfach so weitermachen können wie bisher: Wir müssen neu beantworten, wie wir unsere Energie erzeugen, welche Arten der Mobilität uns voranbringen und wie wir dazu beitragen können, dass auch die nächsten Generationen mit unseren Entscheidungen dazu gut leben können. In den kommenden Jahren wird sich daher vieles verändern und weiterentwickeln.

1,5°C, das muss unser erstes Ziel sein. Wenn sich die Erde mehr erwärmt, laufen unvorhersagbare Prozesse ab. Das Umlenken muss schnell gehen und überall – auch in Friedberg – angepackt werden. Darum haben wir für unser Wahlprogramm nach den Stellschrauben gesucht, mit denen wir in der Stadt etwas gegen die Klimakrise tun können – zur Reduktion des Treibhausgas-Ausstoßes, aber auch zur notwendigen Klimaanpassung. Weil wir genau wie „Fridays for Future“ überzeugt sind, dass wir schnell und effektiv etwas für unser aller Zukunft tun müssen!

Zur Erreichung der Klimaziele in Friedberg werden alle Maßnahmen unter den Vorbehalt des **Klimaschutzes** gestellt. Durch weitestgehende Vermeidung der Verwendung fossiler Energiequellen, durch den Ausbau erneuerbarer Energien, durch klimaneutrales Bauen und Wirtschaften, durch langfristige Bindung von Kohlenstoff in festen Substanzen (Biomasse) und durch Ressourcenschonung soll immer die klimaschonendste Variante des Handelns gewählt werden. Für die Koordination braucht Friedberg eine*n Klimaschutzmanager*in.

Die **Kaiserstraße** soll zum urbanen Zentrum, quasi zum Wohnzimmer der Stadt werden, zu einer Begegnungsstätte für Friedberg. Eine Aufenthaltsqualität wird durch mehr Platz für die Menschen, durch ein begrüntes Umfeld, die Möglichkeit zum Flanieren, Einkaufen, Begegnen, Entspannen und Genießen, mit Raum für Sitzgelegenheiten und Spielmöglichkeiten für Kinder, mit Kultur wie auch Platz für ungestörte Außengastronomie geschaffen. Insbesondere ältere Menschen und Kinder sollen sich auf der Kaiserstraße sicher vor motorisiertem Verkehr fühlen können.

Die **Kaserne** bietet die Herausforderung, einen neuen Stadtteil klimaneutral zu entwickeln, wobei durch eine Versorgung der Neubürger*innen im Stadtteil gleichzeitig eine Verzahnung mit der Kernstadt erfolgt. Mit einer neuen Stadthalle, einer Erweiterung des THM-Campus und einem Sportzentrum werden auch Angebote für alle Friedberger*innen geschaffen. Ziel ist ein Wohngebiet, das im Herzen ruhig und nach außen gut vernetzt ist, das Nahversorgung bietet und Mobilität ohne eigenes Auto attraktiv macht.

Es fehlen immer noch Plätze für die Kinderbetreuung in Friedberg. Die **Kindertagesstätten** müssen weiter bedarfsgerecht entwickelt werden, um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Für getrennt- und alleinerziehende Eltern gilt dies in besonderem Maße.

Wir wollen die integrative Funktion der Einrichtungen unterstützen. Kinder sollen durch vielfältige praktische Erfahrungen ihre Kompetenzen ausbilden können. Und KiTas sollen Kindern ein positives Bild von Natur und Umwelt entwickeln helfen, indem sie ihnen Naturerlebnisse und Erfahrungen beispielsweise im (naturnahen) Garten oder im Wald bieten.

Wir wollen, dass Kindertagesstätten da entstehen, wo sie gebraucht werden – kurze Wege für kurze Beine statt Mamataxi!

2 Klimapolitik, Natur und Landschaft, Umweltschutz

Der Klimawandel und der Biodiversitätsverlust stellen die größten Gefahren für unser Überleben als Menschheit dar. Diese müssen auf allen Ebenen bekämpft werden. Andererseits ist die Klimakrise schon jetzt Realität – und die Kommunen müssen ihre Bürger*innen vor den Folgen schützen. Wir brauchen also **Klimaschutz und Klimaanpassung**.

Wir setzen uns ein für die **Bewahrung der Artenvielfalt** und für **Umweltschutz**, vor allem durch Ressourcenschonung und Müllvermeidung.

2.1 Klimapolitik – für ein klimafreundliches Friedberg

Vision

In 5 Jahren hat Friedberg in allen wichtigen Teilbereichen die Weichen Richtung CO₂-Neutralität gestellt. Friedberg handelt ab 2021 entsprechend dem Ziel, die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. Damit alle Menschen in Friedberg mit den schon eingetretenen Klimaänderungen zurechtkommen, werden Bäume gepflanzt, Flächen für Versickerung und Begrünung entsiegelt und es werden Frischluftschneisen freigehalten.

Das ehemalige Kasernengelände stellt in puncto Klimapolitik einen Musterstadtteil dar, aber auch Kindertagesstätten und andere öffentliche Gebäude nehmen eine Vorbildfunktion ein. Es gibt Förderprogramme, die Verpflichtung der Stadt zu klimaneutraler Beschaffung und Festlegungen in Bebauungsplänen, die den Klimaschutz in alle Bereiche tragen. Die Umweltbildung nimmt eine wichtige Rolle ein, um die Informationen, was jede*r beitragen kann, zu allen Menschen zu tragen.

Ein Maßnahmenkatalog demonstriert Planungen wie Erreichtes. Viele Menschen machen mit, das Klima zu schützen, weil sie es als gemeinsames Ziel erkannt haben. Der Fortschritt beim Klimaschutz in Friedberg wird für alle sichtbar dargestellt.

Klimaschutz

Es geht um die **Reduktion des CO₂-Ausstoßes** und anderer Treibhausgase in Friedberg, um die weitestgehende **Vermeidung der Verwendung fossiler Energiequellen** und um **langfristige Bindung von Kohlenstoff in festen Substanzen** (Biomasse: Humus, Torf, Holz, Pflanzen). Es geht aber auch um **Ressourcenschonung**, denn auch bei Produktionsprozessen wird viel CO₂ freigesetzt. Zum Beispiel sollte mehr Holz (nachwachsender Rohstoff) anstelle von Zement (sehr viel CO₂-Freisetzung bei der Produktion) verwendet werden.

Alle Maßnahmen zum Klimaschutz in unserer Stadt sollen durchdacht und koordiniert werden. Das braucht Wissen und planvolles Handeln. Das Wissen um Tatsachen und Zusammenhänge soll in alle Bereiche der Verwaltung Einzug halten. Zur Koordination fordern wir eine*n **Klimaschutzmanager*in**, der oder die die Erarbeitung und Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes inklusive Bürger*innen-Beteiligung vorantreibt. Wir wollen erreichen, dass alle Entscheidungen unter **Klimaschutzvorbehalt** gestellt werden, d. h., alle Entscheidungen sind auf ihre Klimaauswirkungen zu prüfen, der klimaschutzfreundlichsten Variante ist Vorrang einzuräumen. Entsprechend wird **bei Beschaffung, Aufträgen und Ausschreibungen immer die Anforderung von weitgehendem Klimaschutz und Ressourcenschonung** gestellt. Dies sehen wir als notwendige Investition in die Zukunft an, die gleichzeitig die Innovation in der Wirtschaft unterstützt. Wirtschaftlichkeit bedeutet für uns, dass die **Folgekosten für die Gesellschaft** eingepreist werden (siehe Kapitel 5). Entsprechend haben Unternehmen, die Klimaschutz betreiben, davon Vorteile.

Die Vorbildfunktion der Stadt im Klimaschutz muss sichtbar werden. Um Erfolge zu dokumentieren und Ziele im Auge zu behalten, brauchen wir ein **Treibhausgas-Monitoring**: Wo stehen wir, wie weit sind wir noch vom Ziel entfernt, welche Maßnahme hat welchen Effekt? (Für Anlagen-Betreiber wird dies bereits von der EU eingefordert!)

Insbesondere fordern wir:

- **Die Stadt Friedberg formuliert Klimaschutzziele**, die mit den Zielen des Pariser Vertrages konform sind oder diese übertreffen.
- **Treibhausgasausstoß** ist – wo immer möglich – zu vermeiden. Dazu müssen die Ursachen in der Verwaltung und im Handeln der Stadt Friedberg **identifiziert und beseitigt** werden.
- Es sollen Wege gefunden werden, **Treibhausgase** zu **binden**. Das ist z. B. im Wald möglich (mehr Holzmasse), in den Moorresten (Torfentstehung) und auf landwirtschaftlichen Böden (Humusanreicherung).
- Beim **öffentlichen Beschaffungswesen** ist dem klimafreundlichsten Produkt Vorrang einzuräumen.
- Bei **Ausschreibungen und Bebauungsplänen** sind die Bedingungen so zu formulieren, dass der Klimaschutz vorrangig berücksichtigt wird, beispielsweise bei Vorgaben an Dämmung, Energieversorgung sowie die Art der Baustoffe.
- **Verpachtungen von Landwirtschaftsflächen** sind an **Klimaschutzauflagen** zu koppeln, z. B. humusanreichernde Bewirtschaftung.
- Die **Gebäude im Besitz der Stadt Friedberg** werden schnellstmöglich mit recycel- und erneuerbaren Dämmstoffen energieeffizient gestaltet.
- Die Stadt wird bei politischer Beteiligung der GRÜNEN die lokale Bereitstellung **von erneuerbarer Energie** vorantreiben.
Dazu bietet sich an, die **Windkraft im Vorranggebiet Winterstein**, einem der größten Windvorranggebiete Südhessens, zu entwickeln. Wir wollen dort die Windkraft gemeinsam mit Hessenforst, ggf. Bundesforst und den anderen im Vorranggebiet beteiligten Gemeinden entwickeln. Die GRÜNEN begrüßen dabei Projekte, bei denen sich die Bürger*innen und die Stadt an den Windkraftanlagen finanziell beteiligen können. Ziel ist, dass mittelfristig ein großer Anteil der erforderlichen Stromenergie, die lokal verbraucht wird, auch lokal bereitgestellt werden kann. Wir weisen darauf hin, dass die Stärkung der Naherholung mit Windkraft auf dem Winterstein vereinbar ist. Die Stadt Friedberg ist auch durch Landesgesetzgebung verpflichtet, für eine Energiewende die Windkraft im Vorranggebiet zuzulassen und nicht durch einen lokalen Bebauungsplan oder Verweigerung der Verpachtung städtischer Flächen eine Windkraft-Verhinderungsplanung zu versuchen.
- Ein Ausbau der bestehenden Windkraftanlagen im Süden Friedbergs um zwei weitere Anlagen ergänzt das Angebot.
- GRÜNE unterstützen Photovoltaik auf öffentlichen und privaten Gebäuden und die Bereitstellung der sogenannten Kalten Nahwärme. Weitere Optionen wie Kleinwindkraftanlagen im Feld, z. B. in Lücken von Windschutzgehölzen, sind nach Stand der Technik immer wieder auf Effizienz zu prüfen und in das Konzept zu integrieren, sobald sie sich lohnen.
- Die Stadt soll für den Klimaschutz **mit den Energieversorgungsunternehmen kooperieren**. Das bedeutet auch, dass die Stadtwerke in Zusammenarbeit mit der OVAG bestehende und zukünftige Kleinenergieerzeugung (z. B. Balkon-Photovoltaik) von Bürger*innen ins Netz einspeisen und angemessen vergüten sollen.
- Die Stadt muss die **Effizienz der Energieversorgung** weiter voranbringen, z. B. durch Einsatz von Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung.
- **Energieeinsparung** ist der beste und ressourcenschonendste Weg zum Klimaschutz. Wo immer möglich spart die Stadt Energie und motiviert Bürger*innen zum Stromsparen. Die Stadt Friedberg und die Stadtwerke sollen mit ihren Energieberater*innen die Bürger*innen und Unternehmen zu allen Fragen der Energieeinsparung beraten.

- Wie im Bereich Verkehr angeführt, trägt ein **Mobilitätskonzept**, das Radfahren, Zufußgehen und den ÖPNV attraktiv macht, zum Klimaschutz bei.
- Die **eigene Fahrzeugflotte** der Stadt muss klimafreundlich werden, z. B. auch mit Dienst- und Lastenfahrrädern. Zudem kann der städtische Fuhrpark in eine Angebotsstruktur für Carsharing einbezogen werden.
- Alle **Klimaschutzforderungen** gelten selbstverständlich ebenso **für die städtischen Eigenbetriebe und Gesellschaften, die Bürgerhäuser und die Kindertagesstätten**.
- Auch in den **Ausschreibungen für den ÖPNV** muss der Klimaschutz ein wichtiges Kriterium sein, also vor allem bei der geforderten Fahrzeugtechnik.
- Um wichtige Akteure an einen Tisch zu bringen, soll es einen **Runden Tisch zum Klimaschutz** geben.
- Wichtig sind darüber hinaus **Anreize zum Klimaschutz durch Bürger*innen, Institutionen und Firmen** sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Dafür müssen Mittel bereitgestellt werden und z. B. Wettbewerbe stattfinden. Auch die **Wirtschaftsförderung** muss auf Betriebe ausgerichtet werden, die Klimaschutz ernst nehmen.
- Die Bewirtschaftung des **Stadtwaldes** muss als oberstes Ziel die **Kohlenstoffbindung** haben, im Holz wie im Boden. (Hier sollte als zweites Kriterium die Biodiversität stehen.)
- Da versiegelte Flächen keinen Kohlenstoff binden können, muss der **Flächenverbrauch** auch aus Klimaschutzgründen **gestoppt** werden (siehe auch unter 2.3 „Biodiversität“ und 5.2 „Ernährung“). Die bereits versiegelten Flächen reichen für den geplanten Zuwachs an Bevölkerung aus (Kasernengelände, Nachverdichtung).
- Städtische **Geldanlagen** und die Geldanlagen der Sparkasse Oberhessen, an der die Stadt beteiligt ist, müssen **klimaneutral** sein oder Kohlenstoffsinken fördern (Schlagwort in diesem Zusammenhang: „Kohle-Divestment“).
- Wir wollen **Abfallvermeidung, Reparatur und Wiederverwertung** priorisieren. Ist Entsorgung unvermeidlich, muss der klimafreundlichsten Variante der Vorrang eingeräumt werden. Wir fordern eine Kreislaufwirtschaft aller materiellen Ressourcen, mit uns wird sich die Stadt gegebenenfalls an dafür notwendigen neuen Strukturen beteiligen.
- Die Stadt Friedberg zahlt einen **Zuschuss** an Haushalte von Hartz IV-Empfänger*innen zur Beschaffung von **energiesparenden Großgeräten** (Kühlschrank, Gefrierschrank, Waschmaschine).

Klimaanpassung

Die Stadt hat mit der Stadtplanung wie dem Landschaftsplan wichtige Instrumente in der Hand, mit der die Folgen des Klimawandels für die Bevölkerung abgemildert werden können. Diese Möglichkeiten gilt es gegen Überhitzung, Dürre, Sturm und die Folgen von Starkniederschlägen zu nutzen.

Insbesondere fordern wir:

- **Baumpflanzungen**, wo immer sinnvoll
- **Wasserhaltung im Boden** durch geeignete Bepflanzung
- Anlage von Windschutzgehölzen, Feldgehölzen, Hecken und Alleen
- eine **klimaangepasste Grünflächenbepflanzung** oder -einsaat und Grünflächenpflege (zu Details siehe „Biodiversität, Landschaftspflege und innerstädtisches Grün“)
- **Dach- und Fassadenbegrünung** auf öffentlichen Gebäuden (in Ergänzung zu Photovoltaik)
- **Entsiegelung** von Flächen für Wasserversickerung und Begrünung
- **Regenrückhalt** an vielen Stellen der kommunalen Flächen, z. B. im Wald, auf Plätzen, an Straßen (Versickerungsmulden); Vorschrift versickerungsfördernder Bewirtschaftung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen (Konturpflügen u. Ä.)
- Festlegung von Regenrückhaltung in **Bebauungsplänen** (Zisternen, Versickerung, Regenrückhaltebecken)
- Vorschrift **kühlender Bauweise** in Bebauungsplänen

- **Umbauten und Pflanzungen**, die KiTas bei Sommerhitze zu erträglichen Orten des Miteinanders machen; Einforderung entsprechender Maßnahmen für die Schulen beim Wetteraukreis
- **hitzebeständige und hitzeabweisende Straßenbeläge**
- **Städtische Förderung** des Einbaus von Zisternen, Dach- und Fassadenbegrünung und Entsiegelung im Privatbereich (z. B. durch die Abwassergebühr)

2.2 Wald schützen und entwickeln

Der Friedberger Kommunalwald mit seinen 221 ha hat wichtige Funktionen als Erholungsgebiet, Wasserspeicher, Kohlenstoffspeicher, Erosionsschutz, Holzlieferant und Klimaregulator. Er ist aber durch die Klimakrise stark bedroht. Frühere Bevorzugung der Fichte, die (heute) nicht mehr standortgerecht ist, trägt zu den derzeitigen Problemen bei.

Vision

In den nächsten fünf Jahren wollen wir die Weichen stellen für einen Wald der Zukunft. Er wird stärker dürreresistent sein, mit Strukturen, die das Wasser zurückhalten und zu einem angenehmen Waldbinnenklima beitragen. Unser Wald wird uns aber auch weiterhin den heimischen und nachwachsenden Rohstoff Holz liefern, der Erholung dienen und Lebensraum mit hoher Biodiversität sein.

Das wollen wir für unseren Friedberger Wald

Für den zukünftigen Umgang mit unserem Friedberger Wald fordern wir GRÜNE:

- Die Wiederbewaldung soll einen **artenreichen Mischwald mit hohem Laubbaumanteil als Ziel** haben. Sie soll bevorzugt durch gelenkte Naturverjüngung erfolgen. Zusätzlich sollten auch Jungbäume heimischer Arten gepflanzt werden, deren Samen von dürreresistenten Elternbäumen z. B. aus Südosteuropa stammen.
- Der Friedberger Wald soll **weiterhin schonend bewirtschaftet** werden, da wir den Rohstoff Holz benötigen.
- Die **Erholungsfunktion** des Waldes ist wichtig, aber ebenso die **Lebensraumfunktion**. Deshalb muss ein **gutes Gleichgewicht** zwischen diesen beiden gefunden werden. Dazu wollen wir Flächen mit und andere ohne Freizeiteinrichtungen ausweisen. Motorsport hat im Friedberger Stadtwald keinen Platz.
- Das Gebiet ist als Windkraftvorrangfläche ausgewiesen. Da die stärkste Bedrohung des Waldes der Klimawandel ist, fordern wir auf den rodungsbedingten Freiflächen den **Bau von mehreren Windkraftanlagen** im Friedberger Stadtwaldgebiet, **um unseren Beitrag zur Klimaneutralität zu leisten** und den Wald damit zu schützen. Zudem können von den Pachtverträgen Kosten für den Waldumbau getragen werden.
- Damit der Wald auch bei Starkregen-Ereignissen das Wasser halten kann und in Trockenzeiten Wasser länger zur Verfügung hat, braucht es wasserhaltende Strukturen im Wald. Diese wollen wir mit HessenForst zusammen fördern, z. B. durch **Anlage und Erhalt von Feuchtbiotopen und Waldmooren**.

2.3 Biodiversität, innerstädtisches Grün und Landschaftspflege

Das Artensterben parallel zur Klimakrise (und durch diese mit verursacht!) ist ebenso ernst und gefährlich wie diese. Sind Arten erst einmal ausgestorben, kann dies nicht rückgängig gemacht werden. Intakte Ökosysteme und vielfältige, individuenreiche Lebensgemeinschaften sind nicht nur für die Erholung wichtig. Instabile Systeme führen auch zu ökonomischen Problemen, z. B. wenn keine ausreichende Zahl von Bestäubern vorhanden ist oder die Fressfeinde von Schadorganismen landwirtschaftlicher Kulturen fehlen.

Kurz gesagt: Der Verlust von Biodiversität schädigt uns alle. Er muss schnellstmöglich gestoppt werden.

Vision

In den nächsten fünf Jahren wird Friedberg blütenreich, insektenfreundlich und vogelfreundlich. Unsere Streuobstwiesen werden verjüngt und gepflegt. Alle Wiesen und Rasen werden naturnah gepflegt, soweit dies mit den Nutzungsansprüchen vereinbar ist. Alle Bürger*innen und die städtischen Mitarbeiter*innen arbeiten gemeinsam an diesen Zielen.

Was wir in Friedberg für die Biodiversität tun wollen

Wir brauchen ein **Biodiversitätskonzept!** Darin werden Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken analysiert und in einer Karte anschaulich gemacht (Planungsgrundlage). Rechtsverbindlich ist ein Landschaftsplan, der parallel dazu aktualisiert wird.

Für die Koordination des Biodiversitätskonzeptes, um den naturschutzfachlichen Sachverstand in die Verwaltung zu tragen und um die Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen zu kontrollieren, wollen wir für Friedberg **eine*n hauptamtliche*n Naturschutzbeauftragte*n**.

Wir GRÜNE wollen artenreiche Lebensräume erhalten und stärken, z. B. Streuobstwiesen, Blumenwiesen, Feuchtgrünland, Magerrasen und artenreiche Wälder.

Oft muss nur die **Pflege von kommunalen Flächen** umgestellt werden, dann kommt die Vielfalt von selbst. Zum Beispiel haben Blühpflanzen wieder eine Chance, wenn nur zweimal jährlich gemäht und das Mahdgut abgeräumt wird. Auf Laubsauger und -bläser kann weitestgehend verzichtet werden, zum Wohl z. B. von Heuschrecken und Regenwürmern. Für jede Fläche muss aufgestellt werden, was notwendig z. B. für die Verkehrssicherheit ist und wie möglichst vielfältige Lebensräume entstehen und erhalten werden können. Bauhof-Mitarbeiter*innen dürfen dann auch Artenschützer*innen werden.

Auf kommunalen Flächen kann auch sonst viel für den Artenschutz getan werden: **Nisthilfen** für Vögel, Fledermäuse und Insekten, **ökologische Aufwertung** des Umfeldes, **Entsiegelung** von Flächen, Anlage von **Blühflächen**, wo diese sich nicht durch veränderte Mahd von selbst entwickeln können.

Wir wollen **biodiversitätsfördernde Auflagen in Bebauungsplänen**, z. B. den weitgehenden Verzicht auf Schotterflächen, die Umsetzung von Dach- und Fassadenbegrünung, die Anpflanzung heimischer Gehölze sowie eine Beleuchtung, die nur nach unten gerichtet und insektenfreundlich sein muss; und vor allem eine Kontrolle dieser Festlegungen!

Ebenso müssen **Kompensationsmaßnahmen** für schon vollzogene Baumaßnahmen endlich **umgesetzt bzw. überprüft** werden.

Auch über die Auflagen bereits bestehender Bebauungspläne hinaus sollten biodiversitätsfördernde Maßnahmen ergriffen werden. Jede zu ersetzende **Straßenlampe** muss warmweiß und damit **insektenfreundlich** werden (1800 bis maximal 3000 K Farbtemperatur).

Schallschutzwände und die Dächer städtischer Gebäude brauchen wo immer möglich **Begrünung**. Pflanzungen mit geringem ökologischem Wert werden durch solche mit hohem ergänzt oder ersetzt.

Verzicht auf Torfprodukte, Pestizide und Düngung auf öffentlichen Flächen muss selbstverständlich werden. Durch Information soll auch ein Bewusstsein für deren Schädlichkeit bei den Bürger*innen entstehen.

Viele kommunale Flächen bewirtschaftet Friedberg nicht selbst. In die **Pachtverträge** gehören **Auflagen zum Schutz der Artenvielfalt**, z. B. ökologische Bewirtschaftung von Acker und Grünland, Erhalt der Graswege und deren insektenfreundliche Pflege.

Einen großen Anteil kommunaler Flächen machen die **Wegeparzellen** aus. An Feldwegen und Straßen kann viel für Insekten getan werden – wenn sie für diese zur Verfügung stehen. Hier ist die Stadt in der Pflicht, ihre Flächen – mehr als bislang – zu pflegen und zu bewahren.

Wichtig für die Wahrnehmung der Stadt Friedberg durch ihre Bürger*innen sind die öffentlichen **Parkanlagen**. Hier fehlen uns Flächen. Die bestehenden und zukünftigen Parks wollen wir naturnah vor allem mit heimischen Arten gestalten (Büsche, Hecken, Blühflächen). Am Ortsrand und entlang der Usa sollten parkähnliche Streifen entstehen, die gleichzeitig die Abdrift von Düngung und Pestiziden von den landwirtschaftlichen Flächen abpuffern. Wir stellen uns einen **Usa-Park** vor, der Renaturierung von Usa-Abschnitten, Naturerlebnisräume für Kinder und Naherholung miteinander vereinbart.

Bäume schützen uns, aber benötigen ebenso unseren Schutz. In der Stadt und den Ortsteilen sollen viele trockenheitsresistente Bäume (wieder-)angepflanzt werden! Wie die Verschlechterung der Situation seit der Abschaffung der **Baumschutzsatzung** zeigt, ist eine solche nötig, und wir wollen sie wieder einführen. Gehölzfällungen sind ein in der Bevölkerung sensibel wahrgenommenes Thema. Um Transparenz bei solchen Maßnahmen herzustellen, sollen Ortsbeirat und Runder Tisch Naturschutz vor Durchführung von nicht zwingend erforderlichen Maßnahmen angehört werden.

Arten- und Biotopschutz ist gesetzlicher Auftrag. Um Friedberg gibt es noch zahlreiche Streuobstwiesen. Die GRÜNEN setzen sich für den Erhalt dieses gesetzlich geschützten Biototyps ein. Zusammen mit dem Naturschutzfonds Wetterau (dem kreisweiten Landschaftspflegeverband) soll ein Konzept zum Erhalt der Streuobstwiesen erarbeitet werden. Ebenso erfordern die sonstigen gesetzlich geschützten Biototypen Friedbergs und die Vorkommen gesetzlich geschützter Arten bzw. Arten, für die Friedberg besondere Verantwortung hat, die Entwicklung von Erhaltungskonzepten und deren Umsetzung. Dazu bedarf es auch eines Monitorings, um den Erfolg messen zu können und nur erfolgversprechende Maßnahmen weiterzuführen.

Auf Friedberger Gemarkung liegen verschiedene **Schutzgebiete**: ein Naturschutzgebiet, ein Vogelschutzgebiet und zwei FFH-Gebiete (EU-Schutzgebiete). Wir wollen deren Erhalt und Verbesserung durch die Umsetzung der Pflege- und Maßnahmenpläne.

Die **Renaturierung der Fließgewässer** ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen laut Europäischer Wasserrahmenrichtlinie. Sie ist aber auch eine große Hilfe bei der Klimaanpassung. Naturnahe und renaturierte Gewässer bieten zudem eine hohe Erholungsqualität. Daher fordern wir eine schnelle Renaturierung unserer Fließgewässer und die Schaffung von Wasserrückhalteflächen in Gewässernähe, im Wald und an weiteren Stellen!

Man kann nur schützen, was man kennt und liebt. Daher wollen wir die **Umweltbildung fördern**, sie in das Angebot der städtischen Jugendpflege integrieren und **Naturerlebnisräume** schaffen. Auch in jeder Kindertagesstätte sollten Grundstücksbereiche Naturerleben ermöglichen. Das Kapitel 5.2 „Landwirtschaft und Ernährung“ zeigt, wie eng Kulturlandschaft, Naturerleben und Wissen um Ernährung miteinander verknüpft sind.

Damit Bürger*innen wissen, wie „Biodiversität vor der eigenen Haustür“ umgesetzt werden kann, wollen wir **Praxistage** anbieten.

Auch im privaten Raum sollen **Laubsauger verboten** werden. Da (Streu-)Salz die Bäume, andere Pflanzen und Tiere schädigt, soll es **nur im Ausnahmefall** zum Einsatz kommen, wenn Räumung und abstumpfende Mittel zur Gefahrenabwehr nicht ausreichen. Dies ist bereits in der Räum- und Streuordnung geregelt – aber sie muss den Bürger*innen bekannt sein und durchgesetzt werden.

Sogenannte „Geofolien“ werden noch häufig im Garten- und Landschaftsbau eingesetzt. Diese zerfallen zu Klein- und Mikroplastik und gefährden das Bodenleben. Darum sollen **Geofolien bzw. Geotextil aus Kunststoffen** in Friedberg **nicht mehr zum Einsatz** kommen dürfen.

Wir wollen **Anreize für vielfaltsfördernde Bewirtschaftung von Gärten** schaffen, z. B. durch Mustergärten, durch einen städtischen Wettbewerb und durch Ausgabe von Regio-Saatgut heimischer Arten und Sammelbestellungen heimischer Gehölze.

Entscheidend für die Natur ist die Fläche, die ihr und den natürlichen Abläufen zur Verfügung steht. Darum fordern die GRÜNEN einen **Stopp der weiteren Flächenversiegelung**. Das bedeutet auch, dass unser wertvoller Ackerboden nicht dem Bauwahn geopfert wird. Wir werden an die Landespolitik die Forderung herantragen, dass nicht nur zugunsten der Metropolregion RheinMain gedacht werden darf, sondern dass im ganzen Land gute Lebens- und Wirtschaftsbedingungen geschaffen werden müssen. Das entlastet unsere Region und nimmt den Baudruck.

Das Wissen über Naturschutz und biologische Vielfalt findet sich bei verschiedenen Verbänden und Berufsgruppen. Die Stadt tut gut daran, das Expert*innenwissen zu nutzen und die Bürger*innen zu beteiligen. Wir fordern daher die Verstetigung eines **Runden Tisches Naturschutz**.

Um den festen Willen zu unterstreichen, die Biodiversität in Friedberg voranzubringen, und um zu einem Austausch mit anderen Kommunen zu kommen, wollen die GRÜNEN den **Beitritt Friedbergs zum Netzwerk „Kommunen für Biologische Vielfalt“**.

2.4 Ressourcenschonung, Minimalismus und weniger Plastikmüll

In den letzten Jahrzehnten ist deutlich geworden, wie schnell wir Menschen mit dem jetzigen Verbrauch an Ressourcen an die Grenzen der Tragfähigkeit unseres Planeten kommen. Wir verbrauchen in Deutschland zurzeit so viel, dass wir drei Erden benötigen würden, wenn alle es uns gleichtäten.

Wir GRÜNE wollen, dass wir zu einem **Konsumverhalten** kommen, das **fair und nachhaltig** ist. Daher dürfen wir nur so viel von nachwachsenden Rohstoffen verbrauchen, wie diese sich erneuern, nicht regenerierbare Ressourcen müssen in eine Kreislaufwirtschaft integriert werden. Wir brauchen langlebige, reparierbare Produkte und Menschen, die sie reparieren können. Darüber hinaus benötigen wir gute und einfache Sammelsysteme und Firmen, die die Wiederverwertung durchführen.

Was bedeutet das in Friedberg? Die **Stadtverwaltung soll zum Vorbild werden**, so wenig Verpackungsmüll wie möglich produzieren und langlebige, reparierbare Geräte anschaffen. Den derzeit nicht vermeidbaren Müll führt sie Recyclingsystemen zu. Firmen und Initiativen, die eine **direkte Reparatur**, ein **Upcycling** (direkte Wiederverwertung oder Umnutzung) oder eine clevere Methode des **Recyclings** haben, wollen wir GRÜNE fördern (Beispiele: Repaircafé, Umsonstladen).

Viele Menschen wollen inzwischen bewusst ihren Konsum zurückfahren. Die Kultur des Minimalismus und der Bau von „tiny houses“ (auf das Notwendige beschränkte kleine Häuser) zeugen davon. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass auf dem früheren **Kasernengelände** auch **Häuser** und Wohneinheiten entstehen, die bewusst klein, aber praktisch und **ressourcenschonend** gebaut sind.

Um **Plastikmüll** zu **reduzieren**, wollen wir GRÜNE, dass die Stadt insbesondere bei der Beschaffung mit gutem Beispiel vorangeht. Aber auch die Organisation von **Müllsammeltagen**, die Auslobung von **Schüler*innenwettbewerben** und ein Einwegplastik-Verbot bei öffentlichen Veranstaltungen tragen zu einer Reduktion von Plastikmüll bei.

Menschen können durch die Einführung einer **Einwegverpackungsabgabe** auf Mitnahmegerichte und Plastiktüten für Müllentstehung sensibilisiert werden. Diese Abgabe belohnt umweltfreundliches Verhalten – wie das Benutzen von Stoffbeutel und Mehrweg-Geschirr – und bewirkt, dass die Entsorgungskosten nicht mehr von der Allgemeinheit, sondern von den Verursacher*innen getragen werden. In Tübingen ist am 1.1.2021 eine solche Abgabe in Kraft getreten. Wir beobachten die Effekte der Tübinger Verpackungsabgabe genau. Falls diese erfolgreich zur Problemlösung beiträgt, wollen wir sie ähnlich auch in Friedberg einführen, soweit rechtlich möglich. Die Stadt wird die Gastronomie bei der Suche nach alternativen Mehrwegverpackungen unterstützen.

3 Gemeinsamkeit und Vielfalt

3.1 Vision

Wir stehen für eine moderne, vielfältige, unterstützende und respektvolle Gemeinschaft in Friedberg.

Ein menschenrechtlich orientiertes Verständnis von Gleichberechtigung muss alle Bürger*innen in ihren unterschiedlichen Lebenslagen in den Blick nehmen, das Zusammenleben sozial gestalten und Missstände beseitigen.

Jede*r soll seine/ihre Fähigkeiten entfalten und eigene Wünsche einbringen können, ohne dass soziale Lage, Alter, Geschlecht oder sexuelle Identität, eine Behinderung, Religion oder Weltanschauung oder ethnische/kulturelle Herkunft dies erschweren. Wenn Menschen durch besondere Belastungen in eine Notlage geraten, sollen unterschiedliche soziale Hilfsangebote Schutz und Sicherheit bieten.

Eine vielfältige Gesellschaft schützt alle Menschen vor jeglicher Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt. Eine solche Unterstützung sollte nicht nur von ehrenamtlich Tätigen bewältigt werden.

Eine gute Sozialpolitik muss von der Stadt Friedberg in allen Bereichen weiter ausgebaut werden.

3.2 Partizipation gestalten

Frauen

Die GRÜNEN setzen sich für die paritätische Beteiligung von Frauen an allen demokratischen Prozessen ein. Dafür soll die Besetzung der städtischen Gremien möglichst ausgeglichen mit Frauen und Männern stattfinden. Nur durch aktive Mädchen- und Frauenförderung kann dies gelingen.

Kinderbetreuung ist keine „Frauensache“. Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass sich Erwerbsarbeit, gesellschaftliches und politisches Engagement und die Aufgaben in der Familie vereinbaren und gut aufteilen lassen. Dafür müssen auf kommunaler Ebene geeignete Strukturen weiterentwickelt werden.

Vielfalt leben (LSBT*IQ) – Diversität als Chance

Die Wahrnehmung der Interessen von lesbischen, schwulen, bi-, trans-, a- und intersexuellen und queeren Menschen (LSBT*IQ) ist eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe. Die GRÜNEN fordern daher eine Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in einer gendergerechten Städteplanung, beispielsweise durch die Einrichtung eines Beirates, der auf kommunaler Ebene zu Themen gehört wird, die sie besonders betreffen. So hat bereits der Wetteraukreis einen Diversitätsbeirat eingerichtet und formuliert als dessen Ziele: nicht einfach nur tolerant gegenüber vermeintlich „anderen“ Menschen zu sein, sondern „eigene Vorstellungen von ‚Normalität‘ kritisch zu hinterfragen“ und „die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft als Chance für Entwicklung, Kompetenz und soziale Gerechtigkeit zu nutzen“. Das wollen wir auch in Friedberg verwirklichen.

Inklusion – Inklusion auch in KiTas und Vereinen

Für Kinder mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen soll in der jeweiligen KiTa ihrer Wohngegend eine gute Förderung möglich sein, damit sie einen verlässlichen Freundeskreis in ihrer nächsten Umgebung aufbauen können. Es sollen Institutionen und Vereine dabei unterstützt werden, Konzepte für das gemeinsame Spielen, Lernen und Trainieren von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Einschränkungen zu entwickeln oder weiter auszubauen. Das Friedberger Mensch-mach-mit-Festival ist ein Musterbeispiel für eine gelungene Inklusionsveranstaltung.

Integration – Neubürger*innen und Migranten*innen

Neubürger*innen gleich welcher Herkunft sollen sich in Friedberg willkommen fühlen. Wir wollen sie persönlicher begrüßen, die Stadt soll dafür Kennenlernangebote machen, z. B. in Form von Gutscheinen für kulturelle Angebote oder einer „Stadtführung für Neulinge“, einer mehrsprachigen Informationsbroschüre über Vereins- und Bildungsangebote oder einer Übersichtskarte des ÖPNV.

Zugleich darf das Bemühen um eine bestmögliche Eingewöhnung und Integration aller zugewanderten Menschen, besonders derer aus Krisenregionen, nicht nachlassen.

Das Einleben von Menschen in einer fremden Gesellschaft erfordert viel Zeit und gute Kontakte zu den hier schon länger Lebenden. Die GRÜNEN Friedberg setzen sich seit vielen Jahren für die gute Verständigung mit und zwischen Menschen aus den verschiedensten Kulturkreisen ein (Unterstützung des Internationalen Zentrums Friedberg, Internationales Spielefest, Quartiersmanagement Fünf-Finger-Treff, u. a.).

Wir stehen aber auch dafür ein, dass den Menschen, die noch auf der Flucht sind, bestmöglich geholfen wird. Dazu unterstützen wir ausdrücklich Aktionen wie „Stay with Moria“, bei der Schüler*innen des Burggymnasiums mit beeindruckendem Engagement Sach- und Geldspenden gesammelt und zu den Menschen vor Ort transportiert haben.

Besonders den aktuellen Fehlentwicklungen in der Gesellschaft muss entgegengesteuert werden, damit Diskriminierungen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zukünftig verhindert werden. Es ist wichtig, dass die Stadt Friedberg für die interkulturelle Arbeit mehr Räumlichkeiten zur Verfügung stellt für bürgerliches Engagement im sozialen und kulturellen Bereich, z. B. für Angebote von Sprachkursen oder einen interkulturellen Treffpunkt.

Integration erfordert die umfassende Teilhabe der Migrant*innen durch ihre Aktivierung und Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen, wie z. B. durch Ausländerbeiratswahlen und Kommunalwahlen, die Erleichterung und Förderung von Einbürgerungen und durch die interkulturelle Öffnung der Institutionen im Bildungssektor, im Gesundheitsbereich und in den öffentlichen Verwaltungen. Integrationspolitik ist eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe, die eine stärkere strategische Steuerung und ein Integrationsmonitoring benötigt. Es bedarf daher

der Einrichtung einer Stelle für Integration in der Verwaltung im Amt für soziale und kulturelle Dienste und Einrichtungen, um die Bedeutung der Integrationspolitik zu unterstreichen und eine Grundlage für eine effiziente Steuerung der Integrationspolitik zu schaffen.

3.3 Familien und Jugend fördern – für ein familienfreundliches Friedberg

Kinderbetreuung

Es fehlen immer noch Plätze für die Kinderbetreuung in Friedberg.

Derzeit sind weder ausreichend Plätze im Bereich der Ü3-Betreuung noch ausreichend Plätze in der U3-Betreuung in Friedberg vorhanden. Der seit 1996 bestehende Rechtsanspruch für Kinder ab 3 Jahren muss auch in Friedberg endlich umgehend umgesetzt werden.

Tagesmütter/-väter

Auch andere Formen der U3-Betreuung müssen weiter gefördert werden. Um dem Bedarf gerecht zu werden, sollte die Stadt Friedberg auch Tagesmütter/-väter in Kooperation mit dem Wetteraukreis selbst fördern.

Kindertagesstätten

Die Kindertagesstätten müssen weiter bedarfsgerecht entwickelt werden, um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Für getrennt- und alleinerziehende Eltern gilt dies in besonderem Maße.

Daher muss es zuvorderst ein Hauptanliegen sein, die fehlenden Plätze durch den Neubau wohnortnaher Standorte und den Ausbau der bisherigen Standorte zu beseitigen.

Wir setzen uns auch für die Kindertagesstätten in kirchlicher und freier Trägerschaft ein. Ein vielfältiges Angebot macht eine offene Gesellschaft aus. Hierzu gehören auch KiTas mit reformpädagogischen Ansätzen. Nach dem Subsidiaritätsprinzip ist die öffentliche Hand aufgefordert, nur dann den Bedarf durch eigene Einrichtungen zu decken, wenn sie keinen freien Träger finden kann, der das benötigte Angebot schafft. Wir wollen daher, dass die vorhandenen freien Träger personell und finanziell angemessen unterstützt werden. (Mehr zu pädagogischen Konzepten siehe auch im Kapitel 6.1 Bildung.)

Wir wollen ein besseres Arbeitsumfeld für die Erzieher*innen schaffen und es soll genug Raum und Zeit für Fortbildung geben, so dass eine integrierende, inklusive und individuelle Förderung der Kinder gesichert ist.

Zurzeit kann Kindern aus nicht Deutsch sprechenden Familien nicht immer zeitnah ein Platz in einer KiTa angeboten werden. Wir wollen eine frühzeitige Förderung als einen Grundstein für das Erlernen der deutschen Sprache.

Für jedes Kind sollte fußläufig eine KiTa erreichbar sein. Einrichtungen sollen dort geschaffen oder erweitert werden, wo die meisten Plätze fehlen. Auch im Ortsteil Bauernheim muss dementsprechend eine bedarfsgerechte Einrichtung, ggf. als Außenstelle einer vorhandenen städtischen Kindertagesstätte, entstehen.

Freiräume für Kinder

Leicht erreichbare und naturnahe Spiellandschaften wollen wir in allen Stadtteilen anbieten; bei deren Planung sollen auch die dort wohnenden Kinder einbezogen werden. Die GRÜNEN fördern Projekte der freien Träger, in welchen Kinder angeregt werden, sich frei zu entfalten und ihr Selbstwertgefühl zu stärken. Wir unterstützen die Zusammenarbeit mit Kinderförderprojekten wie der Kinderfarm Jimbala e.V.

Jugendkultur

Auf Initiative der GRÜNEN wurde der Bau eines Jugendzentrums vorangetrieben. Im Jahr 2010 konnte das Junity eröffnet werden und bietet seitdem vielen jungen Menschen eine gute Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen. Auch hat es sich als eine attraktive Veranstaltungslokation für die Friedberger Jugend etabliert. Hier machen junge Menschen vielfältigste Erfahrungen und werden in ihrer Entwicklung zu selbstständigen und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten gefördert. Wir unterstützen das Junity mit seinen multikulturellen Angeboten und setzen uns für Angebote zur Fort- und Weiterbildung für die dort arbeitenden Fachkräfte ein. Die unterschiedlichen Zeiten der angebotenen Veranstaltungen erfordern besonders flexible Konzepte für deren Arbeitszeitgestaltung. Das Junity sollte baulich weiterentwickelt werden, damit Ideen und Wünsche der Jugendlichen aufgegriffen werden können und neue Anschaffungen einen Platz finden. Der Skatepark auf dem Burgfeld ist in die Jahre gekommen und benötigt eine Verbesserung. Die Wünsche der Jugendlichen sind mit einzubeziehen.

3.4 Politik für Senior*innen

Ein gutes Zusammenleben aller Generationen erfordert eine altersgerechte Infrastruktur. Im Mittelpunkt GRÜNER Seniorenpolitik steht das selbstbestimmte Leben und Wohnen. Es sollen nachbarschaftliche Hilfevereine, interkulturelle Seniorenbegleiter*innen und ambulante Dienste gefördert werden, damit ein selbstständiges Leben zu Hause oder im sozialen Umfeld so lange wie gewünscht möglich bleiben. Auch müssen mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Modelle zum generationsübergreifenden Wohnen entwickelt und seniorengerechtes Bauen gefördert werden.

Die GRÜNEN fordern, Quartierskonzepte zu entwickeln, in denen die Schaffung von Ärzthäusern und wohnortnahes Einkaufen vorgesehen sind.

3.5 Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Es ist höchste Zeit, soziale Wohnungsbauprogramme neu aufzulegen und Fördermöglichkeiten für langfristig bezahlbaren Wohnraum auszuschöpfen. Die Versorgung von Bürgern*innen mit bezahlbarem Wohnraum ist eine der Hauptaufgaben der kommunalen Sozialpolitik. Dies betrifft auch Flüchtlinge, die aus Wohnheimen ausziehen sollen.

Hierzu muss die Friedberger Wohnungsbaugesellschaft aber erst wieder handlungsfähig gemacht werden. Die GRÜNEN wollen erreichen, dass die Stadt dieses deutlich mehr Eigenkapital zur Verfügung stellt. Neben dem klassischen sozialen Wohnungsbau soll auch günstiger Wohnraum für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen geschaffen werden.

Ebenso sollen Mehrgenerationenhäuser und barrierefreies Wohnen für ein möglichst selbstbestimmtes Leben gefördert werden. Älteren Menschen soll ermöglicht werden, durch Verkleinerung ihrer Wohnung und Teilvermietung ihres Hauses ein selbstbestimmtes Leben leichter und länger aufrechterhalten zu können. Ein Angebot für Konfliktmanagement soll helfen, Ängste vor Vermietungsformalitäten und vor möglichen Interessenskonflikten mit Mieter*innen

abzubauen. So kann freiwerdender Wohnraum wieder genutzt werden – und damit wird gleichzeitig der Flächenfraß durch die unablässige Erstellung neuer Wohngebiete eingedämmt.

3.6 Politik für Obdachlose

Kein Mensch soll ohne Obdach sein. Die Betreuung von Obdachlosen und die Bereitstellung von Unterkünften sind gemeinsame Aufgaben des Kreises und der Stadt. Das seit Jahren bestehende Konzept des Karl-Wagner-Hauses ist zu unterstützen und auszubauen, z. B. durch eine Unterkunft für obdachlose Frauen. Zudem ist eine Tee- und Wärmestube für Obdachlose in den Wintermonaten dringend erforderlich.

4 Stadtentwicklung und Mobilität

Gestaltungswille und Bürger*innennähe

4.1 Vision

Wir gestalten unsere Stadt Friedberg mit nachhaltigen Ideen, mit neuen Arten der Bürger*innenbeteiligung und innovativen Verkehrskonzepten. Dabei werden ebenso die Ortsteile mit ihren jeweiligen Bedürfnissen berücksichtigt. Darüber hinaus stärken wir die Stadtverwaltung, damit Verfahren zügig ablaufen können und Planungsgrundlagen besser verfügbar sind. Politisch wollen wir Friedberger Interessen in den regionalen Gremien stärker einbringen und auch gegenüber privaten Bauträgern durchsetzen. Dabei sehen wir Friedberg in seinen Beziehungen zum Umland und denken Planung übergreifend und in Kooperationen.

4.2 Stadtplanung und Förderung

Friedberg ist attraktiv als Wohn- und Lernstadt. Als Dienstleistungszentrum für die westliche Wetterau bietet es auch für (Einzel-)Handel und Wirtschaft ein gutes Umfeld. Das wollen wir erhalten und verbessern. Dazu braucht es langfristige Konzepte.

Um Fördermittel für solche Konzepte und für ihre Umsetzung einzuwerben, wollen wir ein professionelles Fördermittel-Management etablieren, das eine systematische Suche, ein Sich-Beraten-Lassen sowie professionelles Beantragen und Abrufen von Fördermitteln bei Bund, Land und EU durchführt. Dazu wollen wir fachkundiges Personal einstellen und fortbilden, ergänzend die Stadt von der Wirtschaftsförderung Wetterau bei Entwicklungsprojekten beraten und betreuen lassen. Die Kosten hierfür müssen gegen den Nutzen abgewogen werden. Friedberg könnte auch Teilhaber an der WFG (Wirtschaftsförderungsgesellschaft) werden und sich damit Gestaltungsmöglichkeiten und Knowhow sichern.

Wir fordern ein integriertes umfassendes Mobilitätskonzept für das gesamte Stadtgebiet und die Ortsteile, um bei der weiteren Entwicklung Friedbergs eine Datengrundlage zur Steuerung des Verkehrsbedarfs und der Verkehrsentwicklung zu haben. Ziel muss es sein, das Verkehrsaufkommen des motorisierten Individualverkehrs drastisch zu senken und Alternativen anzubieten. Friedberg soll mehr Freiraum für die Menschen bieten, wir wollen es attraktiv für Fuß- und Radverkehr gestalten und den öffentlichen Raum zum Wohlfühlraum machen. Stadtentwicklung ist ein mächtiger Hebel für diese Aufgabe und dieses Ziel.

Wir unterstützen den eingeleiteten ISEK-Prozess. Das **Integrierte StadtEntwicklungsKonzept (ISEK)** beschreibt Ziele, Handlungsfelder und Projekte für die Entwicklung von Friedberg für mehrere Jahre. Es ist ein informelles Papier, das kooperativ mit allen städtischen Institutionen, Fachplanungen und der Bürgerschaft erarbeitet wird.

Wir fordern den schonenden Umgang mit unversiegelten Flächen und werden keine neuen Baugebiete mit Ausnahme der Kasernenentwicklung unterstützen. Unser Ziel ist der **Netto-Null-Flächenverbrauch**. Das heißt nicht, dass nicht mehr gebaut wird, sondern eben planvoll und angemessen. Wenn Flächen neu versiegelt werden, muss an anderer Stelle ebenso viel entsiegelt werden (eine ähnliche Regelung gilt bereits beim Wald!).

Wir werden die **Umlegung der B275** vorantreiben. Wir planen dabei, diese weitgehend aus den Wohngebieten der Friedberger Kernstadt herauszunehmen (Straßenführung über die Görbelheimer Hohl und das Industriegebiet Süd und den Grünen Weg). Dadurch erreichen wir eine **Aufwertung Fauerbachs** und mehr Gestaltungsmöglichkeiten im Stadtgebiet.

Durch eine attraktive **Kaiserstraße** gewinnt Friedberg insgesamt und wird als Wohn- und Arbeitsstadt aufgewertet. Das vielfältige Angebot der Einzelhändler*innen ist zu erhalten und zudem die Aufenthaltsqualität der Menschen zu verbessern. Die Kaiserstraße ist als Herz und Wohnzimmer der Stadt mit viel Grün achtsam weiterzuentwickeln. Hierbei wollen wir Ergebnisse und Forderungen aus dem ISEK-Prozess einbeziehen. Wir schlagen vor, die Wirkung verschiedener Maßnahmen befristet auszuprobieren:

- Durchfahrtsgeschwindigkeit reduzieren
- Stellplätze für befristete Aktionen nutzen
- Sperrung für einige Tage bis Wochen zwischen Ockstädter Straße und Burg rund um besondere Events
- bauliche Verkehrsberuhigung
- Einbahnstraßen-Regelung
- gleichberechtigter Verkehr aller Teilnehmer*innen („Spielstraße“)

Aus der Bewertung wird dann ein **tragfähiges Konzept** realisiert, **das die verschiedenen Interessen von Einzelhandel, Bewohner*innen und Nutzer*innen berücksichtigt**. (Weitere Ideen zur Kaiserstraße siehe Kapitel 4.5 und 6.3!)

Wir werden die **Kaserne** als CO₂-neutralen Stadtteil entwickeln. Die Neubürger*innen sollen sich als Teil Friedbergs betrachten und die übrigen Friedberger*innen sollen den Stadtteil als Bestandteil der Kernstadt verstehen. Wohn-, Dienstleistungs- und Gewerbegebiet sind balanciert zu entwickeln und klimaneutral auszurichten. Nach dem Vorbild des interkommunalen Gewerbegebietes bei Nidda wollen wir den Anteil Gewerbegebiet neu planen lassen. Beim Wohnungsbau ist eine höhere Dichte (mit sozialem Wohnungsbau!) mit gleichzeitig verbesserten Grün- und Erholungsflächen anzustreben. Die Mobilität soll größtenteils ohne motorisierten Individualverkehr gedacht und geplant werden (weitere Ideen für das Kasernengelände siehe Kapitel 4.5).

Beim Umbau des **Bahnhofes** setzen wir uns für den Durchstich als Fußgängertunnel nach Osten ein, über eine Beteiligung des dort ansässigen Handels sollte nachgedacht werden. Wir wollen einen neuen Busbahnhof auf der Stadtseite, der seinen Namen verdient, und einen Haltepunkt an der Ostseite an der anderen Seite des Durchstichs.

Wir werden den Klimaschutzplan und den Landschaftsplan (diese werden vom Regionalverband erstellt) ernst nehmen, mit dem Wetteraukreis zusammen weitere Umweltmaßnahmen planen und dazu auch den GRÜNEN Einfluss in der Regionalversammlung Südhessen und dem Regionalverband stärken.

Friedberg soll auch wörtlich genommen grüner werden. Wir wollen einen Parkbereich entlang einer renaturierten Usa; dass mehr innerstädtisches Grün entsteht; dass das vorhandene Grün vielfältiger und bunter wird. Die Friedhofs-Reserveflächen sollen naturnah gestaltet, unsere Streuobstwiesen gepflegt werden. Wir werden darauf dringen, dass die Ausgleichs- und Kompensationsflächen so umgesetzt werden, wie in den Plänen vorgesehen. (Mehr dazu siehe Kapitel 2.3!)

Wir wollen die Kulturachse Altes Hallenbad – Burg weiterentwickeln. (Mehr dazu unter Kultur 6.2.)

Wir streben ein digitales Leerstandsmanagement für Friedberg an. Unter Leerstandsmanagement wird eine systematische Erfassung, Vermittlung und Vermietung leerstehender Gewerbe- und Wohnräume mit dem Ziel einer langfristig wirtschaftlichen Nachnutzung bezeichnet. Damit unterstützen wir bei der Vermarktung von Altimmobilien, schaffen einen „Runden Tisch: Innenentwicklung statt Neubau“ mit einer Beratungsagentur und kommunaler Beteiligung zur Umnutzung älterer Bausubstanz.

Wir wollen eine Initiative zur Förderung von Co-Working-Spaces anstoßen, z. B. auf der Kaiserstraße, dem Kasernengelände oder in gewerblichem Leerstand. Des Weiteren wollen wir Pop-up-Stores und Lernlabore mit der THM auf der Kaiserstraße ermöglichen und mehr Gelegenheit für studentisches Leben in FB schaffen.

Friedberg internationaler zu gestalten und bekannter zu machen ist ebenfalls eines unserer Anliegen. Die Partnerschaften werden dazu aufgewertet und erweitert, auch in außereuropäische Regionen. Partner hierbei soll der Europa-Club Friedberg sein. Die Verwaltung soll mehrsprachig weiterentwickelt und Personal mit Migrationshintergrund verstärkt eingestellt werden.

4.3 Lebendige Ortsteile

Für alle Ortsteile gilt: Wir wollen das kulturelle und das Vereinsleben stärken und die Dorfgemeinschaft fördern, z. B. durch die Anlage oder den Ausbau von Plätzen als Treffpunkten. In Bauernheim, Ossenheim und Bruchenbrücken sollen mehr Einkaufsmöglichkeiten und Angebote geschaffen werden, z. B. durch Markttag oder mobile Dienste wie den Büchereibus.

Die Anbindung der Ortsteile wollen wir verbessern durch Radwege, getaktete Busverbindungen (nicht nur zum Friedberger Bahnhof, sondern auch zu Einkauf und Infrastruktur in Friedberg und Bad Nauheim) sowie durch Car-Sharing-Angebote und Mitfahrmöglichkeiten.

Die Dorfgemeinschaftshäuser/Bürgerhäuser benötigen dringend eine energetische Sanierung und Photovoltaik auf den Dächern.

Der Schutz und die Aufwertung der Landschaft mit ihrem Erholungspotenzial spielen für uns eine wichtige Rolle, insbesondere die Streuobstwiesen und die Schutzgebiete. Unsere gesamte Landschaft braucht wieder vielfältige Strukturen, die mit Blüten und Deckung zahlreichen Tierarten Lebensraum bieten und das menschliche Auge erfreuen. Dann könnte ein Wetter-Wanderweg von Dorheim über Bauernheim und Ossenheim bis Bruchenbrücken allen die Schönheit der Landschaft zugänglich machen.

Jeder Ortsteil hat aber auch spezifische Stärken und Bedürfnisse:

Ossenheim

Ossenheim ist geprägt vom Wäldchen, von Streuobst und Wiesen – und der Ortsdurchfahrt.

Wir wollen den Durchgangsverkehr entschleunigen, mit Querungshilfen und dauerhaften Geschwindigkeits-Informationssystemen. Die Erholungsfunktion des Wäldchens soll erhalten bleiben, eine Ortsumgehung zwischen Ossenheim und dem Wäldchen werden wir vehement ablehnen!

Dorheim

In Dorheim findet sich ebenfalls eine reiche Naturlandschaft, aber auch ein riesiger Autoabstellplatz und eine frühere Durchgangsstraße.

Unsere Vorstellung ist es, das Gelände der früheren Wetterauer Getränke-Industrie zu einem Gewerbehof zu entwickeln, auf dem auch Solarenergie-Erzeugung ihren Platz hat. Die Wetteraustraße soll einen Kreisverkehr im Süden erhalten, um die dortige Kreuzung sicherer zu machen. Ihren weiteren Verlauf wollen wir verkehrsberuhigen und umgestalten.

Bruchenbrücken

Da Bruchenbrücken näher an Assenheim und Ilbenstadt als an Friedberg liegt, ist es sinnvoll, den ÖPNV z. B. zu den dortigen Einkaufsmöglichkeiten auszubauen.

Bruchenbrücken wird durch das Assenheimer Neubaugebiet „Gollacker“ u. a. bezüglich des Verkehrs und der Erholungsmöglichkeiten betroffen sein. Diese Aspekte gilt es in politische Überlegungen einzubeziehen.

Ockstadt

Der „Plan“ und die Borngasse müssen zu einem echtem Begegnungsplatz weiterentwickelt werden. Bei der Sanierung der Friedberger Straße wollen wir auf die Belange der Radfahrer*innen und Fußgänger*innen Wert legen. Wir sind der Meinung, dass das ehrenamtliche Engagement des Fördervereins Quellwasserschwimmbad weiterhin durch die Stadt finanziell unterstützt werden muss, um den Bestand des Schwimmbades sicherzustellen.

Bauernheim

Für den kleinsten Friedberger Ortsteil ist wichtig, dass die Kleinsten endlich eine Kindertagesstätte vor Ort bekommen und damit Familien von langen Fahrtwegen entlastet werden. Dies kann auch eine Zweigstelle einer größeren Kindertagesstätte (z. B. der KiTas in Ossenheim oder Dorheim) sein.

An den Ortseingängen wollen wir eine Verkehrsberuhigung erreichen.

4.4 Beziehung zum Umland

Wir werden die Mandate und Funktionen, die die Stadt in den Gremien der Regionalversammlung (Raumordnung durch das Land) und im Regionalverband Rhein-Main (Flächennutzungsplanung für derzeit 75 Kommunen) hat, gestalterisch nutzen, z. B. durch Reduzierung des Flächenverbrauchs, Förderung des ÖPNV, der Energiewende usw. Ziel ist eine Entwicklung der Region, die sich an ökologischer Verträglichkeit und der Eindämmung des Klimawandels bzw. der Anpassung an diesen orientiert.

Unsere Ziele für die Regionalplanung in der Übersicht:

- Begrenzung und mittelfristige Beendigung des Flächenverbrauchs; vorrangige Erschließung von Konversionsflächen und innerörtlichen Brachen sowie eine angemessene Verdichtung im Wohnflächenbestand
- Neue Siedlungsflächen nur im Einzugsbereich leistungsfähiger Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs
- Keine neuen Wohngebiete und Gewerbeflächen auf bislang unversiegeltem Boden

- (Um-)Gestaltung neuer und bestehender Wohnsiedlungen zur Förderung der Klimaresilienz
- Gewährleistung wohnungsnaher Versorgung durch ein lokales Einzelhandelskonzept
- Aktive Freiraumsicherung mit Aufwertung der ökologischen Qualität, auch zu Erholungszwecken
- Vernetzung der Freiflächen mittels lokaler Grünzüge
- Schutz von landwirtschaftlichen Flächen mit hoher Bodenqualität vor Bebauung
- Stärkung einer menschen- und umweltgerechten Mobilität durch Integration unterschiedlicher Verkehrsmittel

Und wir wollen noch mehr: Im Entwurf des Regionalen Raumordnungsplanes wird vorgeschlagen, dass Friedberg und Bad Nauheim, welche jeweils Teilfunktionen eines Oberzentrums haben, zum Oberzentrum werden könnten, wenn sie eng kooperieren. Wir GRÜNE begrüßen diesen Weg. Die beiden Städte haben wenig gemeinsam, ergänzen sich aber gut. Was seit Jahren fehlt, ist Offenheit sowie eine konsequente und transparente Kommunikation. Eine GRÜN mitgestaltete Stadtregierung wird diese Gespräche sofort aufnehmen, denn für Oberzentren stehen andere und mehr Fördermittel zur Verfügung.

Wir werden uns nicht an weiteren Flächenversiegelungen um Friedberg herum beteiligen. Im Gegenteil, die ehemalige Kaserne bietet die Chance, einen großen Teil der Wohnraumnachfrage zu befriedigen, und zwar zentral und verdichtet. Darüber hinaus wird auch in den Ortsteilen nur noch Innenentwicklung zugelassen; damit werden die Ortskerne belebt.

Bei der Ansiedlung von Gewerbe wird darauf geachtet, dass tatsächlich neue Arbeitsplätze und Steueraufkommen entstehen – und das, ohne dem innerstädtischen Angebot zu schaden.

Wir fordern für Friedberg ein Bodenschutzkataster nach dem Vorbild der Stadt Wetzlar, in dem die Schutzbedürftigkeit von Böden nach verschiedenen Kriterien erfasst wird, wie Klimafunktion, Bodengüte (z. B. Nitratrückhaltung, Wasserspeicher, Ertragspotenzial), archäologische Funde, Belastungen usw., damit eine bessere Entscheidungsgrundlage für Planungsverfahren und Schutzmaßnahmen zur Verfügung steht.

4.5 Mobilität zukunftsfähig gestalten

Bahnhof – Drehscheibe zur Welt

Der Bahnhof ist der Haupt-Verkehrsknotenpunkt in Friedberg. Hier kommen täglich mehrere tausend Menschen an, um in Friedberg oder in die Wetterau weiterzureisen. Entsprechend müssen Busse, Leihfahrzeuge wie Carsharing, E-Scooter oder Fahrräder, Chauffeurdienste wie Rikscha oder Taxi und auch ausreichend viele Abstellanlagen für Fahrräder gut am Bahnhof platziert sein. Autoparkplätze sind im Parkhaus vorhanden.

Alle diese Angebote müssen ebenso wie der Bahnhof selbst barrierefrei für alle Reisenden zugänglich sein.

Der Bahnhof und auch der Busbahnhof sind das erste Gesicht Friedbergs, das Neuankömmlinge zu sehen bekommen. Entsprechend attraktiv sollte der erste Eindruck sein. Gut platzierte Informationen und Orientierungshilfen bieten die Möglichkeit für ein erstes Wohlfühlen und für lokale Werbung. Der Bahnhof ist aber auch Aufenthaltsort für Reisende wie Gastgeber*innen. Gemütliche Cafés, Sitzmöglichkeiten oder ein Leihklavier lockern die Atmosphäre auf. Spielmöglichkeiten für Kinder sowie attraktive Zonen für Jung und Alt sollten ebenso zum Repertoire gehören, was durch interessante Ladengeschäfte im und um den Bahnhof gesteigert werden kann. Die Anbindung an umliegende Stadtteile muss sowohl kurz als auch attraktiv sein. Ein Fußgängertunnel nach Fauerbach kann den nahegelegenen Einzelhandel sowie den

Hauptfriedhof besser anbinden. Auch eine zusätzliche Busanbindung auf der Fauerbacher Seite des Bahnhofs halten wir für sinnvoll.

Der Weg zu Fuß in die Innenstadt erscheint weniger weit, wenn dort Geschäfte und Hinweise auf Sehenswürdigkeiten und Angebote zu finden sind.

Viele Menschen pendeln täglich von und nach Friedberg. Der Bahnhof bietet eine gute Anbindung an die benachbarten Zentren und die Bahn ist damit eine sinnvolle Alternative zum Individualverkehr. Die Stadt muss daher Moderatorin für das Zusammenspiel der jeweiligen Verantwortlichen wie beispielsweise Bahn AG, RMV, Taxi-Unternehmen und Einzelhändler*innen sein. Wir fordern ein aktives City-Management und eine Tourismus-Förderung, die sich an Klimaschutz und Nachhaltigkeit orientieren.

Gut zu Fuß

Die meiste Zeit bewegen wir uns zu Fuß durch die Stadt: für Besorgungen, zur Arbeit oder einfach für den Spazierweg. Dabei geht die Seele mit und lässt sich durch Bäume und Beete, Geräusche und durch die Pflasterung beeinflussen. Wer schon einmal durch die Lutheranlage gegangen ist, nimmt gerne einen Umweg zur Kaiserstraße in Kauf. Aus jedem Stadtteil ist zumindest ein Weg zu zentralen Orten (wie Bahnhof oder Kaiserstraße) so zu gestalten, dass man ihn gerne geht. Eine ausreichende Breite der Fußwege, eine klare Wegführung (mit Entfernungsangaben), eingebettet in viel Grün und ausreichend Abstand zum Autoverkehr gehören dazu. Alle hundert Meter eine Sitzmöglichkeit ist nicht nur für ältere Mitbürger wichtig. Übergänge und Ampelschaltungen sind sicher zu gestalten, so dass auch Schulkinder sich allein auf den Weg machen können. Zu dunkle Ecken sind ausreichend auszuleuchten.

Friedberg hat schöne Wege: an der Seewiese und entlang der Usa oder durch die Kaiserstraße, deren Geschäfte auch am Sonntag und am Abend beleuchtet sind. Hier gilt es, die Aufenthaltsqualität auf der Kaiserstraße durch die Reduzierung und Verlangsamung des motorisierten Verkehrs zu verbessern und somit die Lebensqualität für Friedberger Bürger*innen und die Attraktivität für Besucher*innen zu erhöhen.

Die zugelassene Geschwindigkeit in den Stadtteilen und der Innenstadt wollen wir im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten reduzieren, um so die Fußgänger*innen und Radfahrer*innen zu schützen und den Lärm zu reduzieren.

Mobilität auf (zwei) Rädern

Ein gut ausgebautes Fahrradwegenetz sollte für die Kreisstadt Friedberg selbstverständlich sein. Klare Wegführung mit einer Priorisierung vor Autos in der Innenstadt und einer sicheren getrennten Trasse außerhalb der Ortschaft sind so selten, dass es einer Herkules-Aufgabe gleicht, diesen Rückstand aufzuholen.

Wir fordern von Fuß- und Autoverkehr getrennte Radwege auf allen zentralen Routen, Fahrradstraßen auf allen Nebenstrecken, Öffnung der Einbahnstraßen, sichere Übergänge an Kreuzungen mit Linksabbiegerspuren für Fahrradfahrer*innen, Anbindung der Ortsteile und Nachbargemeinden mit ausgebauten Radwegen, die auch mit Elektro-Fahrrädern gut befahren werden können.

Zu einer guten Infrastruktur gehören ausreichend viele Fahrradabstellanlagen mit Möglichkeiten, das Fahrrad anzuschließen. Zumindest an zentralen Stellen sind diese mit Regenschutz auszubauen. An gleicher Stelle benötigen wir Fahrradverleihstationen auch mit Lastenrädern. Gemeinsam mit lokalen Fahrradhändlern*innen wollen wir Servicestationen in der Stadt einrichten, wo auch kleinere Reparaturen ausgeführt werden können. (Eine Luftpumpe am

Bahnhof wäre bereits ein guter Anfang!) Ladestationen für Elektro-Fahrräder sind überall dort vorzuhalten, wo Nachfrage besteht.

Der Fahrradschnellweg, der von Butzbach nach Frankfurt verlaufen wird und besondere Anforderungen hinsichtlich Breite und Ausgestaltung hat, sollte zentral durch Friedberg führen, so dass viele Pendler*innen den Weg zur Arbeit klimaneutral und gesundheitsfördernd mit dem Fahrrad meistern und bei schlechtem Wetter schnell den Bahnhof erreichen können.

Die Kaiserstraße – der neue Maßstab

Die Kaiserstraße ist Friedbergs zentrale Nord-Süd-Achse und verbindet Burg, Altstadt und neuere Innenstadt und führt in ihrer Verlängerung weiter bis zum ehemaligen Kasernengelände. Um Friedberg attraktiv zu halten, muss die Kaiserstraße zur „Neuen Mitte“, quasi zum Wohnzimmer der Stadt werden, zu einer Begegnungsstätte für Friedberg. Voraussetzung ist eine hohe Aufenthaltsqualität, die wir als GRÜNE aktiv gestalten möchten.

Aufenthaltsqualität gewinnt die Kaiserstraße durch mehr Platz für die Menschen, durch ein begrüntes Umfeld, die Möglichkeit zum Flanieren, Einkaufen, Begegnen, Entspannen und Genießen, mit Raum für Sitzgelegenheiten und Spielmöglichkeiten für Kinder sowie Raum für ungestörte Außengastronomie. Insbesondere ältere Menschen und Kinder sollen sich auf der Kaiserstraße sicher fühlen können. (Weitere Ideen zur Aufenthaltsqualität siehe Kapitel 6!)

Eine veränderte Mobilität ist das zentrale Element dazu:

- sichere Radwege, die auch künftigen Anforderungen hinsichtlich des Platzbedarfs und räumlicher Abtrennung gerecht werden
- breite, schön gestaltete Fußwege, bei denen die Fußgänger*innen nicht mit den Autos und Fahrrädern in Konflikt geraten

Damit verringert sich auch der motorisierte Verkehr und wir können den Raum für Aufenthalt und Mobilität aller sinnvoll gestalten und bedarfsgerecht neu aufteilen.

Dieses zukunftsweisende Mobilitätskonzept möchten wir gemeinsam mit der Bevölkerung entwickeln. Durch den ISEK-Prozess gab es viele interessante Denkanstöße, die es nun gilt, konsequent fortzuentwickeln, auszuprobieren und schlussendlich umzusetzen. (Vergleiche Kapitel 4.2!)

Mit Blick auf die weitere Stadtentwicklung (z. B. Entwicklung der Kaserne) möchten wir, dass die Kaiserstraße das schlagende Herz unserer Stadt bleibt, dass sie durch ihre hohe Attraktivität die Lebensqualität der Friedberger*innen erhöht und damit zu Friedbergs Wirtschaftskraft beiträgt.

Kaserne – Lebensqualität proaktiv gestalten

Auf dem Kasernengelände hat Friedberg die einzigartige Möglichkeit, einen ganzen Stadtteil zukunftsweisend und klimaneutral zu gestalten.

Damit ein zusätzliches Angebot an Wohnraum nicht noch mehr Verkehr mit noch mehr verstopften Straßen bedeutet, setzen wir uns für ein Wohnquartier ein, in dem die Lebensqualität im Vordergrund steht, mit den Menschen im Mittelpunkt. Ziel ist ein Wohngebiet, das im Herzen ruhig und nach außen gut vernetzt ist.

Wie ebenfalls in der Kaiserstraße vorgesehen, gelingt dies durch mehr Platz für Grün-, Spiel- und Begegnungsflächen, eine gute Anbindung mit dem ÖPNV an die Innenstadt und für die Pendler*innen an den Hauptbahnhof. Zentraler Bestandteil ist ein durchdachtes und sicheres Rad- und Fußwegenetz mit kurzen Wegen für die Nahversorgung.

Zur klimaneutralen und raumschonenden Gestaltung gehört die lokale Bereitstellung einer entsprechenden Leih-Infrastruktur, vom (Lasten-)Rad, über E-Roller bis E-Auto.

So wird Autoverkehr ganz natürlich vermieden, und wo er noch erforderlich ist, gehört er gestalterisch an den Rand des Quartiers. Dadurch ergibt sich ein substanziiell geringerer Parkplatzbedarf. Weniger Parkraum bedeutet neben geringerem Flächenverbrauch auch geringere Kosten für die Bewohner*innen.

ÖPNV – Modellstadt Friedberg

In einem verantwortungsvollen Mobilitätskonzept für Friedberg kommt einem klimaneutralen ÖPNV eine besondere Bedeutung zu.

Um breitflächig Akzeptanz zu bekommen, muss dieser

- gegenüber heute wesentlich flexibler und günstiger werden
- die „letzte Meile“ (Haustür zu Haustür) zuverlässig abdecken
- eine gute Anbindung aller Stadtteile und Nachbarorte an die Innenstadt durch einen flexibleren ÖPNV bieten
- sich mit dem Regionalverkehr optimal vernetzen

Dies ist bei einer wachsenden Stadtbevölkerung eine unerlässliche Grundbedingung zur Vermeidung von Verkehrsinfarkten, zur Verringerung der Schadstoffemissionen und zur optimalen Raumnutzung.

Wir setzen uns deshalb für kleinere Shuttle-Fahrzeuge ergänzend zu den heutigen Angeboten ein. Diese besitzen gegenüber großen Bussen eine höhere Flexibilität und können leichter in digitale Abrufkonzepte eingebunden werden.

Durch eine effiziente Vernetzung zwischen allen beteiligten Verkehrssystemen („Intermodalität“) kann der ÖPNV seine Attraktivität größtmöglich entfalten.

Gleichzeitig muss der ÖPNV sich schnell an die sich verändernden Rahmenbedingungen und Bedarfe der nächsten Jahrzehnte anpassen können. Deswegen sollte darüber nachgedacht werden, einen Teil des ÖPNV direkt in die Verantwortung der Kommune zu überführen.

Die kommunalen Ebenen benötigen Spielräume sich an neuen Strukturen des ÖPNV und am Umbau des Tarifsystems direkt zu beteiligen. Wir wollen damit erreichen, dass möglichst viele Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche sowie Sozialhilfeempfänger*innen, den ÖPNV kostenlos nutzen können. Zusammenschlüsse von Kommunen sollten Einfluss gewinnen zur Durchsetzung von Kurzstreckentarifen bzw. kostenlosen Angeboten innerhalb ihres Gebietes.

Elektromobilität und Carsharing

Wir wollen Mobilität im Sinne der Menschen und der Umwelt neu gestalten. An entscheidenden zentralen Orten in der Stadt und den Ortsteilen sollten – als Alternative zum eigenen Auto – attraktive, bedarfsgerechte und flexible Leihangebote gemacht werden.

Das eigene Auto steht gemäß Studien im Schnitt ca. 95% der Zeit ungenutzt zu Hause oder am Arbeitsplatz herum¹, verbunden mit dem entsprechenden Ressourcenverbrauch an Fläche und Kosten.

E-Mobilität ist – neben der Vermeidung von Verkehr – ein zentraler Bestandteil der Mobilitätswende: E-Bike, E-Lastenräder, E-Roller, E-Scooter und Carsharing-Modelle mit E-Autos

¹ Quelle: VCD <https://www.vcd.org/artikel/auto-teilen-statt-besitzen>

ermöglichen eine flexible Verkehrsgestaltung, die den Einsatz des eigenen Autos weiter minimiert und Menschen ohne Auto die Möglichkeit gibt, mobil zu bleiben.

Für eine gelungene E-Mobilität ist eine durchdachte Ladeinfrastruktur an zentralen Punkten, an Häusern, Mietwohnungen und in Parkhäusern nötig. Dabei muss der entsprechende Ladestrom aus lokalen, ökologischen Quellen stammen und zur örtlichen Wertschöpfung beitragen.

Damit auch in Friedberg die Vorteile eines Lebens ohne eigenes Auto erlebbar werden, sollte die **Stellplatzsatzung der Stadt** ein solches Verhalten fördern: Soweit dies rechtlich möglich ist, werden die bereitzustellenden Plätze reduziert durch Berücksichtigung der Anbindung an den ÖPNV, von Carsharing-Angeboten u. Ä.

4.6 Bürgerbeteiligung und Transparenz

Stadtentwicklung ist weit mehr als das Bauen von Straßen und Häusern: Wir wollen mit allen Bürger*innen Ziele finden und formulieren, was Friedberg für uns künftig sein soll. Friedberg steht als Kreisstadt und wichtiges Mittel- bis Oberzentrum der Wetterau im Spannungsfeld zwischen der Rhein-Main-Region und dem eher ländlichen Raum. Zudem steht unsere Stadt im Wettbewerb mit anderen Kommunen. Wo sieht sich Friedberg in 5, in 10 oder in 30 Jahren? Was zeichnet Friedberg aus? Warum leben wir gerade hier? Was macht Friedberg lebens- und liebenswert?

Ein lebendiges Friedberg bindet seine Bürger*innen aktiv in die Gestaltung der Stadt ein, damit wir alle uns hier wohlfühlen, weil wir uns gegenseitig unterstützen und wertschätzen. Die Verwaltung bietet uns den organisatorischen Rahmen für unser Wohnen, Arbeiten, unsere Mobilität und unsere Freizeit. Bürger*innen und Verwaltung können gemeinsam viel erreichen! Wir GRÜNE stehen wie wohl keine andere Partei für einen transparenten und offenen Dialog der Verwaltung mit den Bürger*innen. Wir fordern eine möglichst große Transparenz bei den Entscheidungsprozessen der Stadtverwaltung und des Parlaments.

Demokratie ist eine öffentliche Angelegenheit. Politik bedeutet, unterschiedliche Ansichten und Interessen zu diskutieren und so gemeinsam neue Lösungen zu finden, die möglichst von einer breiten Mehrheit von Bürger*innen unterstützt werden. Wir möchten, dass Friedberger*innen auf ihre Stadt stolz sein können und sich selbst als Teil dieser Stadt verstehen. Das bedeutet, dass die vielen Vorschläge, die – oft schon seit Jahrzehnten – an die Stadt herangetragen werden, endlich transparent und ergebnisoffen diskutiert und die besten Ideen anschließend auch umgesetzt werden.

Wir wollen mehr Bürger*innennähe durch neue demokratische Angebote. Dazu gehören Ideen wie Bürger*innenhaushalt und Bürger*innenrat sowie ein Jugendparlament. Wir schaffen eine Willkommenskultur für Neubürger*innen (siehe Kapitel 3.2) und mehr Möglichkeiten für sie, in der Stadtpolitik mitzuwirken, z. B. im Ausländerbeirat. Zu verschiedenen Themenschwerpunkten werden wir Runde Tische einrichten.

Letztlich gilt es, Friedberg mit all seinen Bürger*innen gemeinsam weiterzuentwickeln und lebendig zu gestalten.

5 Wirtschaft

5.1 Vision

Wirtschaften ist für uns die planmäßige und effiziente Entscheidung über knappe Ressourcen für eine bestmögliche Bedürfnisbefriedigung, nicht nur für uns selbst, sondern auch für zukünftige Generationen.

Wir setzen uns für ein Wirtschaften mit dem Fokus auf gemeinwohlorientierte Werte ein. Dazu wollen wir Genossenschaften, Menschen mit Erfindergeist, Sharing-Konzepte, Repair-Cafés, Solidarische Landwirtschaft und ähnliche Modelle unterstützen.

Über Gemeinwohl- oder Öko-Bilanzen sollen die Umweltauswirkungen und die Folgen für die Gemeinschaft systematisch analysiert werden, von der Rohstoffgewinnung über die Herstellung und Nutzung bis zur Entsorgung eines Produktes. Auch Dienstleistungen haben eine Öko-Bilanz.

Hierbei stellen wir uns eine Vorbildfunktion der städtischen Verwaltung und der städtischen Betriebe vor.

5.2 Landwirtschaft und Ernährung – Stadt und Land gehören zusammen

Die Landwirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten einen tiefgreifenden Wandel erfahren, auch in und um Friedberg. Die Intensität der Nutzung hat zugenommen, somit auch die Erträge und die negativen Auswirkungen wie geringere Fruchtvielfalt, intensiver Einsatz von Chemikalien, Verschlechterung der Bodenqualität und hoher Düngereintrag. Das hat Folgen für Artenvielfalt, Wasser und Klima.

Gleichzeitig kommt die Landwirtschaft immer stärker wirtschaftlich und gesellschaftlich unter Druck. Die Ursachen liegen vor allem in der Politik der EU und der Bundesregierung – mitgesteuert von der Lobby der Großbetriebe und der Agrochemie. Die Folgen spüren auch unsere Bauern und Bäuerinnen in der Wetterau. Wir möchten dem eine aktive kommunale Agrarpolitik entgegenzusetzen. Dazu haben wir Landwirt*innen und dem Lebensmittelhandwerk schon in der Vergangenheit Gespräche angeboten und sind auch in Friedberg weiterhin offen für den Dialog.

Wir wollen mehr ökologischen Landbau in und um Friedberg. Zurzeit wird die wachsende Nachfrage im Rhein-Main-Gebiet bei den meisten Produktgruppen aus anderen Regionen oder dem Ausland bedient. Unsere Landwirtschaft könnte von dieser Nachfrage mehr profitieren, wenn Lücken auf den Vermarktungswegen geschlossen werden.

Wir werden einen Beitrag zur Ernährungswende in Friedberg und der Wetterau leisten. Dabei geht es nicht nur um die ökologische Landwirtschaft. Auch konventionell wirtschaftende Betriebe können durch Senkung ihrer Emissionen dem Klimawandel entgegenwirken und damit sogar neue Absatzwege erschließen.

Mit vorhandenen Lebensmittel-Verarbeitungsbetrieben, Transportunternehmen und landwirtschaftlichen Partnern sollen kurze Lieferketten entstehen.

In den KiTas und anderen städtischen Einrichtungen mit Essensangebot wollen wir eine ausgewogene und gesunde Ernährung vorwiegend mit regionalen Produkten ermöglichen. Es soll dort ebenfalls regelmäßig ein vegetarisches/veganes Angebot geben.

Bei Verpachtungen städtischer Flächen zur landwirtschaftlichen und gärtnerischen Nutzung werden wir den Einsatz von bestimmten chemischen Pflanzenschutzmitteln und Produktionsverfahren vertraglich ausschließen und vorrangig an Biobetriebe verpachten.

Unter unserer politischen Führung wird sich Friedberg in der Genehmigungspraxis sowie bei Stellungnahmen in den übergeordneten Gremien der Planungsverbände und des Landes Hessen

sehr kritisch zum Flächenfraß äußern. Unser Ziel ist ein Netto-Null-Flächenverbrauch (also, dass nur unversiegelte Fläche neu bebaut werden darf, wenn an anderer Stelle ebenso viel entsiegelt wird). Damit wollen wir auch unsere heimische Landwirtschaft schützen und die Ernährungssicherheit gewährleisten.

5.3 Handwerk und Gewerbe

Kleine und mittelständische Betriebe sind Arbeitgeber in der Region und ein immens wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaft. Für sie ist es wichtig, dass Friedberg ihren Mitarbeiter*innen etwas zu bieten hat: Kultur, Bildung und Freizeitangebote, ein familienfreundliches Wohnumfeld. Für die Pflege der Geschäftskontakte braucht es gute Gastronomie und Übernachtungsmöglichkeiten. Diese anzusiedeln, wird auf unserer Agenda stehen.

Viele Betriebe brauchen kurzfristig Lager- oder Erweiterungsflächen. Andererseits gibt es häufig Leerstand von gewerblichen Flächen und Räumen. Wir wollen prüfen, ob ein Kataster für Gewerbeflächen und -räume angelegt und das Management hierfür von der Stadt übernommen werden kann. Weiterhin wollen wir prüfen, ob die Stadt auch als Generalunternehmerin selbst Flächen aufkaufen und vermieten sollte. Die Fläche der ehemaligen Wetterauer Getränke-Industrie in Dorheim wäre z. B. ein guter Platz für einen Gewerbehof.

Für viele kleine Betriebe ist Entsorgung von Abfällen ein Problem, wenn sie nur kleine Mengen gleichartiger Abfälle haben. Für die Entsorgung solcher Kleinmengen wollen wir mit dem Kreis nach Lösungen suchen.

Gewerbebetriebe haben häufig Dächer, die sich für Photovoltaik eignen. Wir wollen sie ansprechen, ob sie in Kooperation mit Energieerzeugern diese Flächen nutzen wollen. Dies würde den Betrieben auch den Umstieg auf Elektrofahrzeuge erleichtern.

5.4 Einzelhandel & Dienstleistung

Die Innenstadt lebt von Einzelhandel und Gastronomie. Friedberg hat noch viele **inhaber*innengeführte Ladengeschäfte**, die sich durch ihre Beratung und ihr Warenangebot deutlich von Ketten abheben. Der Einzelhandel kann sich längerfristig aber nur **in einem attraktiven Umfeld** gegen den Internet-Handel behaupten. Dabei spielen die Gastronomie, die Aufenthaltsqualität und ein Angebot an Veranstaltungen eine Rolle. Diesen gesamten Komplex wollen wir fördern und beleben.

Dabei ist ein Umbau der Kaiserstraße enorm wichtig (Details unter 4.2). Aber Einzelhandel spielt sich nicht nur dort ab: Wir haben kleine Geschäfte an vielen anderen Stellen der Kernstadt wie auch in den Ortsteilen. Sie alle sollten mit in den Blick genommen werden, wenn Aktionen erdacht und geplant werden, damit wir eine **gute Nahversorgung** erhalten und unsere Kernstadt und die Ortsteile lebendig sind.

Brauchen wir ein weiteres **Hotel** und wo? Diese Frage wollen wir vor der Aufstellung eines Bebauungsplans für das Kasernengelände beantworten. Ebenso wollen wir klären, ob und in welchem Rahmen **Pensionen und Ferienwohnungen** in Friedberg neu entstehen sollten und ob eine Förderung und Vermarktung durch die Stadt sinnvoll wäre.

Einkauf und Attraktionen müssen zusammengebracht werden. Wir wollen die **Innenstadt zu einem Wohlfühlort machen**, an dem sich Einzelhandel, Gastronomie und touristische Anziehungspunkte zu einem Gesamterlebnis für alle ergänzen. (Siehe auch Kapitel 6.3!)

Dienstleistungsunternehmen sind besonders auf ein **schnelles Internet** angewiesen (siehe nächstes Kapitel). Ebenso wie der Einzelhandel haben sie viel direkten Kundenkontakt und benötigen daher **frühzeitige Informationen zu Baumaßnahmen**. Dafür wollen wir uns einsetzen.

Wir fordern, dass Friedberg innovative CO₂-einsparende Unternehmen fördert.

5.5 Digitalisierung – Neue digitale Welt: lokal, sozial und gerecht

Die Digitalisierung hat bereits viele Lebensbereiche erreicht. Wir sind es gewohnt, überall erreichbar zu sein, und wollen von zu Hause per Internet arbeiten, aber ebenso z. B. Filme schauen. Dafür braucht es eine gute Verbindung für alle und für jede*n erschwinglich.

Freies WLAN an öffentlichen Plätzen ermöglicht Teilhabe auch für ärmere Schichten der Bevölkerung. Die Stadtwerke wurden dafür gegründet, notwendige Infrastruktur bereitzustellen. Waren es früher vor allem Strom und Wasser, sollte es heute auch Internetqualität sein.

Regional einkaufen ist auch über das Internet möglich, was bereits verschiedene Einzelhändler*innen und Gewerbetreibende in Friedberg gezeigt haben. Wir wollen, dass entsprechende Plattformen von der Stadt unterstützt werden. Die Auslieferung sollte zentralisiert und möglichst CO₂-neutral gestaltet werden. So erreichen wir umweltfreundlich auch Kranke oder gehbehinderte Menschen in ihren Wohnungen.

Dienstleistungen der Stadt können digital bereitgestellt werden, optimieren behördliche Abläufe und sparen Geld für wichtige Dinge.

Soweit nicht bereits Dienstleister lokal verfügbar sind, möchten wir Angebote zur gemeinsamen Nutzung selten benötigter Geräte und Gegenstände unterstützen. Dann können z. B. Geschirr für Familienfeiern oder eine Schlagbohrmaschine von vielen Menschen gemeinsam genutzt werden.

Für die Vereine und Initiativen wollen wir die bisher nur ansatzweise vorhandene Plattform der Stadt ausbauen und übersichtlich gestalten, auf der sie mit ihrem Angebot und Engagement zu finden sind, und wir wollen ihre Vernetzung und ihren Austausch fördern.

Wir wollen für Bürger*innen Möglichkeiten schaffen, sich über Probleme und Gefahren der Digitalisierung zu informieren und sich rechtssicher und einfach im Internet zu bewegen. Chancengleichheit und Barrierefreiheit sind die Leitlinien. Dazu kann die Stadtbibliothek entsprechende Medien bereitstellen. Wir unterstützen entsprechende ehrenamtliche Beratungsangebote.

Auch eine offene Politik mit direkter Bürger*innen-Beteiligung (siehe auch Kapitel 4.6) lässt sich digital gestalten: Geplante Bauvorhaben und Verordnungen können im Internet eingesehen werden und auch eine Abstimmung über bestimmte Investitionen lässt sich einrichten („Bürger*innenhaushalt“).

Die Digitalisierung der Schulen (Hardware, Software, Infrastruktur und Ausbildung der Lehrkräfte) ist Aufgabe des Wetteraukreises als Schulträger und des Landes Hessen. Die Pandemie hat gezeigt, dass auch in Friedberg akuter Handlungsbedarf besteht; wir werden darauf dringen, dass Kreis und Land schnell handeln.

6 Bildung, Kultur und Sport

6.1 Vision

Friedberg ist eine Bildungsstadt mit über 70 Lern- und Bildungsträgern mit Bildungsangeboten vom frühkindlichen Bereich bis zum Seniorenalter. Fast 10.000 Schüler*innen und Studenten*innen sind Teil dieser vielfältigen Bildungslandschaft unserer Stadt. Diese institutionellen Vorteile, beispielhaft genannt das Zentrum der Kreisvolkshochschule, die Technische Hochschule Mittelhessen, die Musikschule, das Frauenzentrum sowie eine der größten Berufsschulen Hessens, gilt es zu erhalten, auszubauen und zu nutzen.

6.2 Bildung – für ein fortschrittliches Friedberg

Bildung ist der Schlüssel für Chancen und Teilhabe – für ein gutes Leben.

Obgleich die meisten Bildungseinrichtungen nicht von der Kommune Friedberg verantwortet werden, gilt es ein Umfeld zu schaffen, das es den Nutzer*innen und den Bürgern*innen ermöglicht, die Vorteile der Konzentration dieser Institutionen zu erkennen.

Die Bildungsangebote sollten stärker im öffentlichen Bewusstsein präsent sein. Dazu ist es nötig, eine bessere Verzahnung von Schulen und Hochschule mit dem öffentlichen Leben herzustellen. Wie auf einem Campus sollen Angebote (z. B. Cafés, Einkaufsläden, Grünanlagen) auf die Bildungshäuser ausgerichtet sein. Gemeinsame kulturelle Veranstaltungen können Brücken bauen, wie z. B. ein städtisches Schuljahresabschlussfest oder ein Tag der offenen Tür aller Institutionen.

Friedberg sollte als Stadt der Innovationen auf der Basis einer „städtischen Wissensgesellschaft“ wahrgenommen werden.

Um dieser Bedeutung des Themas für unsere Stadt zu entsprechen, halten wir eine feste Zuordnung bildungspolitischer Aufgaben zu einem der Magistratebereiche für sinnvoll.

Auch wenn der weit überwiegende Anteil der Bildungseinrichtungen nicht in der Trägerschaft der Kommune betrieben wird und so relativ enge Grenzen für die Mitwirkung städtischer Gremien gesetzt sind, bestehen doch eine Reihe von Möglichkeiten der Unterstützung, der Kooperation und des Schaffens von Anreizen, z. B. durch Projekte und Wettbewerbe, mit deren Hilfe insbesondere in den Grund- und Sekundarschulen unter anderem die ökologische Bildung gestärkt werden kann.

Kindertagesstätten

In den städtisch betriebenen Kindertagesstätten können dagegen Ziele der frühkindlichen und vorschulischen Bildung entscheidend beeinflusst werden, sobald ausreichend Plätze zur Verfügung stehen (siehe auch unter 3.3).

Die räumlichen Bedingungen für eine positive und vielfältige Entwicklung unserer Kinder sind entsprechend der Anforderungen zu schaffen und zu verbessern, z. B. durch spezielle Lern- und Bewegungsorte im Innen- und Außenbereich der Kindertagesstätten. Wald- und Naturkindergärten (z. B. Jimbala) wollen wir unterstützen.

Die Kinder können bei Exkursionen Naturräume erkunden und landwirtschaftliche Produktionsbetriebe kennenlernen, wo sie erfahren, wie und wo z. B. ihre Kartoffeln oder Möhren angebaut werden. Dies stärkt die ökologische Bildung.

Gute Bildung für unsere Kinder braucht eine hoch- und vollwertige Ernährung. Diese sollte bei den städtischen Kindergärten aus regionalen Bio-Erzeugnissen hergestellt und durch regionale Dienstleister geliefert werden.

Schulen

Durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Schulen sollen diese bei der Lösung von Problemen, die mit Hilfe der Kommunalpolitik möglich sind, begleitet und unterstützt werden, so z. B. bei Fragen baulicher Veränderungen und Erweiterungen durch Modifikationen der Bebauungspläne.

Wir setzen uns für den Erhalt aller wohnortnahen Grundschulstandorte ein.

Um den Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Schulen zu forcieren, soll die Zusammenarbeit von Schulen mit städtischen Einrichtungen, kommunalen Vereinen, privaten Initiativen und weiteren Bildungsträgern, z. B. der Musikschule, koordiniert und verbessert werden, so dass Kindern aus allen sozialen Schichten eine umfassende Bildung angeboten wird (siehe auch Kreiswahlprogramm der GRÜNEN).

Die Schulsozialarbeit an allen Friedberger Schulen wollen wir verstärken.

Technische Hochschule Mittelhessen (THM)

Junge Menschen bringen Schwung, innovative Ideen und neues Leben nach Friedberg.

Die THM bietet ihnen den Erwerb eines akademischen Abschlusses in 25 verschiedenen Fachrichtungen an. Für das städtische Leben und die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt ist sie ein wichtiger Faktor geworden. Daher sind Pläne der THM für den Aufbau eines Anwender*innen- und Technologiezentrums auf dem Gelände der ehemaligen US-Kaserne unbedingt zu unterstützen. Studentisches Leben und Arbeiten soll stärker im innerstädtischen Raum vernetzt und verortet werden. Daher fordern wir, von Seiten der Kommune hierfür Raumangebote für Lehre und günstiges Wohnen zu schaffen oder zu fördern. Gleichzeitig wird hiermit einer drohenden Verödung der Innenstadt entgegengewirkt.

6.3 Kultur – Identität für Friedberg

Ein vielseitiges Kulturleben in einer Stadt schafft Identität mit dem Lebensmittelpunkt und erhöht die Attraktivität für Jung und Alt. Friedberg bietet mit seiner Geschichte, seinen historischen Denkmälern und dem Engagement zahlreicher Akteure im Bereich Bildung, Integration, Kunst, Musik und Theater seinen Bewohner*innen und Gästen einiges an. Vor allem im Bereich ehrenamtlicher Kulturarbeit ist Friedberg gut aufgestellt und hat ein beachtliches Niveau erreicht. Wir wollen die Arbeit der ehrenamtlichen Kulturakteure seitens der städtischen Politik und Verwaltung verlässlicher und nachhaltiger unterstützen und würdigen. Gerade in und nach der Corona-Krise ist es die Aufgabe städtischer Kulturarbeit, für diese Kulturinitiativen ein finanzielles Fundament zu erarbeiten und mit ihnen gemeinsam ein lukratives, buntes, anspruchsvolles Programm zu entwickeln.

Erste Ansätze gibt es bereits: die Friedberger Kulturnacht (in Zusammenarbeit mit dem Friedberger Kulturrat) und die Teilnahme am Internationalen Kindertheaterfestival „Starke Stücke“ (in Zusammenarbeit mit dem Theater Altes Hallenbad). Diese Form der Kooperation gilt es auszubauen, in ein Konzept einzubinden und vielfältiger werden zu lassen. Mit dem Friedberger Kulturrat steht dabei eine Institution zur Verfügung, die wir stärker in die konzeptionelle Kulturarbeit der Stadt einbinden wollen. In den städtischen Einrichtungen – Junity, Museum und

Bibliothekszentrum – müssen interessante Veranstaltungen und Konzeptarbeit Besucher*innen und Publikum dauerhaft binden.

Für ein eigenes städtisches Kulturprogramm wollen wir ein neues Konzept gemeinsam und mit anderen Kulturträgern ausarbeiten und abstimmen. Dabei muss das Subsidiaritätsprinzip beachtet werden. Private Initiativen wie das „Copa Kaba Noga Festival“, aber auch Initiativen wie „Friedberg hat's“ sind weiterhin zu unterstützen. Zur Finanzierung wollen wir, dass staatliche Förderprogramme und Sponsoring vermehrt berücksichtigt werden.

Friedberg muss seine Sehenswürdigkeiten und sein Kulturangebot besser vermarkten. Der S-Bahn-Anschluss an das Rhein-Main-Gebiet ist eine Chance, Gäste aus dem Rhein-Main-Gebiet nach Friedberg zu ziehen (und nicht umgekehrt). Hierfür muss die Stadt in der Region stärker präsent sein. Zahlreiche Institutionen bieten hier Möglichkeiten, stärker aktiv zu werden (z. B. KulturRegion Rhein-Main). Darüber hinaus sollte die Stadt an der Präsentation ihrer Kulturdenkmäler arbeiten: Das Wetterau-Museum benötigt dringend eine bauliche und inhaltliche Sanierung. Entsprechende Vorschläge aus dem ISEK-Prozess müssen zeitnah umgesetzt werden. Aber auch die anderen Sehenswürdigkeiten und Kulturangebote in der Stadt müssen analog und digital besser und einladender präsentiert werden. Dazu bedarf es eines neuen Onlineauftritts mit einem umfangreichen Veranstaltungskalender.

Wir unterstützen die Idee überdachter Open-Air-Veranstaltungsflächen an geeigneten Stellen in der Stadt (Elvis-Presley-Platz, Seewiese, Burg) für Nutzungen aller Art.

6.4 Tourismus – Friedberg als Tourismusziel

Friedberg ist eine Stadt mit besonderer Geschichte (zweimalige Gründung, über 600 Jahre zwei gänzlich unterschiedlich regierte „Mini-Staaten“), bedeutenden Baudenkmalern und faszinierenden Landschaftselementen. Wir haben eine der größten Burganlagen Deutschlands, die größte mittelalterliche Mikwe, eine bedeutende gotische Hallenkirche mit ganz besonderer Dachlandschaft; der „älteste Bauer Hessens“ wurde in Bruchenbrücken gefunden (7000 Jahre alt) und das Römerbad in der Burg ist das am besten erhaltene nördlich der Alpen! Der Wert für Erholung und Tourismus muss jedoch deutlicher herausgehoben werden. Hierfür haben die GRÜNEN eine Reihe von Ideen, die wir in den nächsten Jahren umsetzen wollen:

- Friedberg braucht ein **zentrales Tourismusbüro**.
- Die **Kaiserstraße** wollen wir auch in touristischer Hinsicht aufwerten, durch mehr Raum für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen (inklusive mehr Fahrradständen) und beispielsweise durch **künstlerisch gestaltete Bänke und Tafeln** mit historischen Bildern der Gebäude und Ansichten.
- Auch das **Bahnhofsumfeld** und die **Wege** vom Bahnhof und vom Parkdeck **zur Innenstadt** müssen für Fußgänger*innen/Tourist*innen zu einem freundlichen Willkommen beitragen.
- Schüler*innen brauchen **Materialien über ihre Heimat- und Schulstadt**, die Anknüpfungen an den Lehrplan enthalten, z. B. Materialien zur allgemeinen Stadtführung (für 4. Klassenstufe), zu Friedberg in der Reformations- und in der NS-Zeit, zur Industrialisierung und zu der Frage, wie Mitbestimmung und Verwaltung in Friedberg zu unterschiedlichen Zeiten organisiert waren und sind.
- Zielgruppenorientierte **Stadtrundgänge** zu unterschiedlichen Themen sowie eine **Rad- oder Wandertour durch die Ortsteile** sollen geplant, ausgeschrieben und beworben werden. Das umfasst auch **Broschüren** zur Kernstadt und den Ortsteilen mit modernem Konzept sowie die Präsentation im Netz und in webbasierten Anwendungen.
- Wir wollen eine **Aufwertung des Museums**; hier sind die im ISEK-Prozess erarbeiteten Anregungen eine wichtige Grundlage. Wie in Kapitel 6.2 aufgeführt, sehen wir im Wetteraumuseum ein großes Potenzial. Kreisweit gesehen soll es sich mit anderen Museen, vor allem der überregional bedeutenden Keltenwelt am Glauberg, ergänzen. Schwer-

punkte, die andere Museen nicht aufweisen, könnten Jungsteinzeit (mit den bedeutenden Funden der Region), Mittelalter und frühe Neuzeit sein.

- Wir setzen uns für Möglichkeiten ein, dass das Burggelände, welches eine der größten geschlossenen Burganlagen in Deutschland ist, in Zusammenarbeit mit der Hessischen Verwaltung der Schlösser und Gärten touristisch mehr genutzt werden kann. Dazu gehören u. a. die Ansiedelung einer Gastronomie und die Möglichkeit, die Burggartenbühne kulturell mehr zu bespielen. Ebenso sollte das **Römerbad** und die **Burgkirche** (auch außerhalb der wöchentlichen Stadtführung) zu **besichtigen** sein.
- Die Friedberger*innen sollen sich mit ihrer Stadt, ihren Ortsteilen und deren Geschichte identifizieren können. Die besonderen **Identifikationspunkte** wollen wir daher mit den Bürgern*innen zusammentragen – und gerne auch mit originellen **Spitznamen** versehen (wie z. B. beim Schwollerloch).
- Für den Rad- und Wandertourismus – wie auch für die erholungssuchende Bevölkerung unserer Stadt – wollen wir das vorhandene **Rad- und Wanderwegenetz** überprüfen und dort erweitern, wo es noch Lücken aufweist.

Friedberg liegt in der „touristischen Destination FrankfurtRheinMain“. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass es innerhalb der Region als spannendes eigenständiges Ziel wahrgenommen wird.

6.5 Sport – für ein bewegtes Miteinander

Spiel und Sport als menschliches Grundbedürfnis sind eine wichtige Basis für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Gerade die Corona-Pandemie hat uns dies bewusst gemacht. Sport bringt Lebensfreude, fördert die Gesundheit und das soziale Miteinander. Grundlage hierfür ist das zivilgesellschaftliche Engagement zahlreicher Friedberger Mitbürger*innen in den Vereinen und in privaten Sportinitiativen.

Daher wollen wir GRÜNE die Sportangebote für die gesamte Bevölkerung fördern, vom Vereinssport bis zum Freizeitsport, für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senior*innen. Hierbei soll insbesondere auch die sozial-integrative Bedeutung des Sports für das Zusammenleben berücksichtigt werden.

Friedberg bewegt sich. Dies unterstreichen ca. 50 Sportvereine mit etwa 12.500 Mitgliedern, 7 städtische Sportanlagen, 13 Sport- und Gymnastikhallen der Stadt und des Kreises sowie 12 weitere vereinseigene und private Sportanlagen, das Usa-Wellenbad, das Quellwasserschwimmbad Ockstadt, ein Golfpark und die Seewiese – unsere ausgedehnte Naherholungsfläche im Zentrum der Stadt. Für die Zukunft gilt es, diese vielfältige Sportlandschaft für die Bürger*innen unserer Kommune zu sichern und zu erweitern. Daher unterstützen wir dies gemäß eines Sportentwicklungsplans zusammen mit Nachbarkommunen und dem Kreis. Hierzu nutzen wir entsprechende Fördermittel von Bund und Land.

Die städtischen Sportanlagen sollen auf eine Weise gepflegt und erneuert werden, die ihre Attraktivität erhöht, aber gleichzeitig die umgebende Natur schont. So nehmen wir GRÜNE u. a. die Sorge um die Einbringung von Mikroplastik aus Sportanlagen in die Umwelt sehr ernst. Daher fordern wir die Verwendung von natürlichen Materialien wie Korkgranulat oder Quarzsand. Der Einsatz von alternativen Energien und ein verbessertes Energiemanagement für die Sportanlagen sind weitere Beispiele, um unser Sporttreiben umweltfreundlicher zu gestalten.

7 Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge ist die staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der Güter und Dienstleistungen, die für ein menschliches Dasein in unserer Gesellschaft für notwendig erachtet werden – die Grundversorgung. Wie in den Grundrechten aufgeführt, ist mit der Daseinsvorsorge allen Bürger*innen soziale Teilhabe zu ermöglichen. Bekannte Beispiele: Versorgung mit Energie und Wasser, Entsorgung von Abwasser und Abfall, ÖPNV, Bereitstellung eines Schul- und Bildungssystems sowie eines Gesundheitssystems, Post- und Telekommunikationsdienstleistungen, Bereitstellung von öffentlichen Grünflächen und Bädern, Theatern, Museen und Büchereien, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Rettungsdiensten, etc. Mittlerweile gibt es auch erste Denkansätze für eine digitale Daseinsvorsorge.

7.1 Vision

Alle Bürger*innen können erwarten, dass die Stadt für ausreichend Wasser, Strom, Wärme, Entsorgung, Internet und andere Infrastruktur sorgt, wobei sie auch das Recht haben, dass die Bereitstellung nachhaltig und sozial gerecht erfolgt, d. h., dass auch die Anforderungen zukünftiger Generationen erfüllt werden und alle es sich leisten können. Die Stadt muss Möglichkeiten aufzeigen, wie mit den Ressourcen schonungsvoll umgegangen wird und notfalls regelnd eingreifen.

7.2 Wasserversorgung, Abwasser und Müllentsorgung

Wasser

Trinkwasser unterliegt besonderen Kontrollen und wird in Friedberg chlorfrei zur Verfügung gestellt. Doch Wasser ist längst nicht mehr unbegrenzt verfügbar, durch die vom Klimawandel verursachten Hitzeperioden ist die stetige Versorgung mit hochqualifiziertem Wasser ohne Beeinträchtigung der Natur gefährdet. Darum gilt es, die Wassernutzung zu senken, Regenwasser zu sammeln und Regen- und Oberflächenwasser dort einzusetzen, wo keine Trinkwasserqualität nötig ist.

Spareinsätze für Wasserhähne und der Bau und die Nutzung von Zisternen werden bereits gefördert. Regeln für das Bewässern von Gärten und Bäumen in den Sommermonaten stehen noch aus. Das Waschen von Fahrzeugen und das Befüllen von Swimmingpools sollten bereits nicht mehr mit Trinkwasser erfolgen.

Wir wollen, dass Friedberg kommunale Brunnen in Betrieb hält und sich für die Einhaltung der EU-Nitratrichtlinie zum Schutz des Grundwassers engagiert. Durch die Regenrückhaltung und die verstärkte Versickerung von Wasser wollen wir unseren Beitrag zur Grundwasserneubildung leisten. Dazu ist auch zu überprüfen, ob weitere finanzielle Anreize zur Flächenentsiegelung geschaffen werden können.

In künftigen Bebauungsplänen soll ein Zweileitungssystem für Trink- und Brauchwasser festgeschrieben werden. Nachrüstungen bestehender Leitungssysteme müssen nach und nach erfolgen.

Abwasser

Die Klärung der Abwässer ist deutlich schwieriger geworden, weil immer größere Mengen und sehr viele unterschiedliche Substanzen ins Abwasser gelangen, z. B. Medikamente und chemische Zusätze in Kosmetika und Reinigungsmitteln.

Eine weitere Klärstufe ist notwendig, um diese Schadstoffe von den Bächen und Flüssen fernzuhalten (das wurde im Rahmen des Niddaman-Projektes von den Wissenschaftlern deutlich aufgezeigt). Diese 4. Stufe wollen wir für das Friedberger Klärwerk einführen.

Abfall

Die Trennung von Müll ist inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden, und es sollte für niemanden ein Problem sein, den Müll sachgerecht zu entsorgen. Zurzeit landet Restmüll aus Friedberg jedoch noch auf einer Mülldeponie und die Verwertung des Verpackungsmülls ist ungeklärt; das muss dringend von den Verantwortlichen gemeinsam mit denen der Nachbargemeinden geändert werden.

Müllvermeidung ist insgesamt jedoch die beste Strategie; wir wollen, dass dafür noch viel mehr geworben wird und die Stadtverwaltung selbst sich vorbildhaft verhält. So sollen öffentliche Veranstaltungen künftig weitgehend müllfrei geplant werden, und das Einhalten der Auflagen ist zu überprüfen.

Bei der Neuvergabe der Müllentsorgung wollen wir auch die Verwiegung des Restmülls in Betracht ziehen.

7.3 Strom- und Gasversorgung, Glasfaser

Bei der Wärmeversorgung wollen wir die Immobilienbesitzer*innen bei der Erneuerung und dem Austausch alter Heizungsanlagen (Öl, Erdgas) zu CO₂-neutralen Anlagen unterstützen. Die Versorgung mit Gas ist nicht mehr gesichert und wäre nur dann für den Klimaschutz tragbar, wenn es sich um Biogas oder Windgas handelt. Deren Einspeisung ist technisch möglich, wird derzeit aber nicht von den Stadtwerken unterstützt.

Als wichtigen Baustein zur klimafreundlichen Wärmeversorgung wollen wir, dass zudem zukünftig eine Beratung zur Wärmeeinsparung angeboten wird.

Auch wenn die Stromversorgung an das kommunale Unternehmen OVAG übertragen wurde, sollte in Friedberg jede Alternative genutzt werden, Strom aus erneuerbaren Energien herzustellen, um den Bürger*innen eine klimaneutrale Energieversorgung zu ermöglichen. Photovoltaik (nicht nur) auf öffentlichen Dächern und Plätzen sind ebenso zu realisieren wie Windparks auf den Windvorrangflächen (siehe Kapitel 2).

Die Verfügbarkeit von schnellem Internet ist inzwischen ein Bestandteil der Grundversorgung geworden. Kein Home-Office, keine regionale Wirtschaft kann ohne ausreichenden Internetzugang funktionieren. Da die wirtschaftlich agierenden Privatunternehmen keine Vollversorgung herstellen, ist auch hier die Stadt gefordert, die Versorgungslücke zu schließen.

7.4 Medizinische Versorgung

Leitbild unserer Gesundheitspolitik ist eine gute ärztliche Versorgung vom Anfang bis zum Ende des Lebens. Wir wollen sie wohnortnah und wir wollen sie im klinischen Bereich durch überregionale Verbünde sichern und durch gute Angebote attraktiv machen.

Corona hat gezeigt, dass sinnloses Sparen im Gesundheitsbereich unser gesamtes soziales und wirtschaftliches System gefährdet. Die Kommunalpolitik in Friedberg ist in der Gesundheitspolitik nur ein kleines Rädchen, was uns aber nicht daran hindern sollte, auf die Kreis-, Landes- und Bundesebene einzuwirken.

Die Stadtpolitik soll sich daher verstärkt in die aktuellen Entwicklungen im Gesundheitswesen einschalten. Wir wollen eine gute Ausbildung der Pflegekräfte und setzen uns für deren faire und angemessene Bezahlung ein.

Friedberg wirkt an einer regionalen Gesundheitskonferenz mit, die der Wetteraukreis einrichten wird. Alle Beteiligten sollen darin ihre Angebote aufeinander abstimmen und weiterentwickeln.

Friedberg bleibt ein Klinikstandort als Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ). Das ist durch die Vernetzung stationärer Behandlung und ambulanter Versorgung zukunftsweisend.

Um die Erreichbarkeit von Hausärzt*innen zu gewährleisten, unterstützt die Stadt in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen und dem Wetteraukreis Fahrdienste in Ortsteile, in denen es keine ausreichenden ärztlichen Angebote gibt.

Ziel sollte auch sein, dass Arztpraxen keinen Wohnraum belegen, sondern sich mehrere Ärztinnen und Ärzte in Haus- und Facharztzentren zusammenschließen. Dies ist auch für sie selbst wirtschaftlich, da sie sich Geräte (Röntgen, EEG, Labors usw.) teilen können.

Die Zahl freiberuflicher Hebammen zur Vor- und Nachbetreuung und für Hausgeburten deckt derzeit nicht den Bedarf, daher sollte die Kommune durch Förderung aktiv zu deren Ansiedlung beitragen.

Palliative Angebote und die Einrichtung von Hospizen sollen gefördert und ausgebaut werden.

Den Obdachlosen in der Stadt wollen wir zweimal jährlich eine kostenlose ärztliche Untersuchung ermöglichen.

7.5 Rettungswesen, Katastrophenschutz und öffentliche Ordnung

Damit öffentliches Leben und Sicherheit auch zukünftig gewährleistet sind, bedarf es Strukturen, die in Notsituationen wirken. Wir GRÜNE verstehen uns als Partner der Einsatzkräfte in Stadt und Landkreis, deren unschätzbare wichtige Arbeit wir unterstützen.

So ist zum Beispiel die Feuerwehr ein wichtiges Glied in dieser Kette. Die Feuerwehren schützen; bei Bränden, Hochwasser und auch bei Verkehrsunfällen werden diese aktiv, um Umweltkatastrophen zu verhindern. Diesen Frauen und Männern, die ihren Dienst in der Regel ehrenamtlich ausüben, gilt unser besonderer Dank. Daher unterstützen wir GRÜNE den neuen Bedarfsentwicklungsplan.

Wir wollen weiterhin einen leistungsfähigen Rettungsdienst sichern.

Dem Technischen Hilfswerk, das über einen Standort in Friedberg verfügt und das eine wichtige Rolle im Katastrophenschutz spielt, gilt ebenfalls unsere Unterstützung.

Auch die Ordnungsbehörden, die hauptamtlich tätig sind, repräsentieren einen wichtigen Teil der städtischen Infrastruktur, die es mindestens im jetzigen Umfang zu erhalten gilt.